ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT (alle 14 Tage aktuell)

TATblatt

Projekt Zweitageszeitung
minus 76 nummer
(3/90)
19. Feber 1990
Preis: öS 10,—

Opernball '90:

Mehr als nur Spaß !!!

Es gibt hunderte gute Gründe gerade an jenem Tag an jenem Ort seine/ihre Meinung kundzutun. Der Opernball ist nicht einfach ein Fest, es ist ein Ball mit "besonderem Charakter" (laut Lotte Tobisch). An diesem Tag sind diejenigen an einem Ort versammelt, die über unsere Köpfe hinweg unser Leben bestimmen und auf unserem Rücken die Früchte ihrer natur- und menschenverachtenden Politik ernten. Es gilt den Mythos der "Insel der Seligen" zu brechen. Schluß mit dem faulen Frieden. *Alles über den Opernball in 12 Seiten TATblatt-Extra*

Außerdem:

Volksbefragung über mehr BürgerInnenmitbestimmung in Wien
Seite 2

Verschärfung des AusländerInnenrechts
Seite 3

Kein Straßenbau in Moor und Au. Einspruchsmöglichkeit gegen das Projekt Ennstalstraße
Seite 6

Aktion Kriegsdienstverweigerung
Seite 21

Menschenkette gegen Kraftwerk Gabcikovo
Seite 23

Offener Brief an die KPÖ
Seite 25

u.v.a.
Impressum Seite 28

(OPERN-) BALL-KALENDER

letztes **Großplenum** vor der Opernballdemo:
20.2., 20 Uhr Amerlinghaus (Wien 8, Stiftgasse 7)

Demo gegen die Verschlechterung des Mietrechtsgesetzes
20.2. 17 Uhr, Treffpunkt Oper.

Fahrraddemo mit spontaner Routenplanung: *21.2., 16 Uhr (pünktlich!) Treffpunkt: Urania*
Katzenmusik vor den Hotels: *21.2., 20 Uhr, Treffpunkt Oper.*

Friede den Hütten — Krieg den Palästen
OPERNBALLDEMO
22.2., 19 Uhr Treffpunkt: Schwarzenbergplatz

Demo für die Gefangenen:
24.2., 17 Uhr: Treffpunkt Unirampe (Hauptuni Wien, Dr K.-Lueger-Ring1)

auf besonderen Wunsch von Opernballveranstalterin L. Tobisch machen wir hier auch folgende Termine bekannt:
Öffentliche Generalprobe zum Opernball am *21.1.1990 ab 19 Uhr.* Ende 22 Uhr. Karten gibt's ab 100,—. Der Verkauf findet seit dem 15.2. statt.
Führungen durch die Oper: am *22.2. von 12 bis 15 Uhr Non-stop.* Preis: nur 20,—.
300 **Rest-Eintrittskarten** (ab nur 2200,—) gibts ab 12. Feber an den Opernball-Kassen (Mo—Fr von 10—17 Uhr, am 22.2. von 10—18 Uhr. Abendkassa ab 21 Uhr)

8ung – fertig – Volksbefragung

vom 22. bis 24. Feber in Wien

(TATblatt-Wien)

Vom 22. bis 24. Feber wird das Wiener Volk zur Abwechslung mal wieder befragt. Das erste Mal seit neun Jahren übrigens. Damals wurde beispielsweise mit überwiegender Mehrheit für den Vorrang des öffentlichen Verkehrs votiert. Über die Verbindlichkeit solcher Entscheidungen kann sich jedeperson an jeder Straßenkreuzung ein Bild machen.

Gegenstand der heurigen Volksbefragung sind 6 'lokale' Probleme aus Wien. Befragt wird allerdings nicht, wie diese gelöst werden könnten, sollten oder gar müßten, sondern ob in diesen Fragen vielleicht stadtteilweise Volksbefragungen gemacht werden sollten.

Wenn die Volksbefragung vom Feber 90 also mehrheitlich mit *Ja* beantwortet wird, geht der Text der Volksbefragung als Antrag in den Gemeinderat. Dieser Rat beschließt dann, ob er der Volksentscheidung gemäß entscheidet und die eine oder andere stadtteilweise Volksbefragung durchführt, oder ob er d'rauf scheißt. Einige Leute erwarten sich, daß für die populärste der Fragestellungen, nämlich jener nach dem »Achter« (die Straßenbahnlinie, welche im Oktober '89 anläßlich der Stadtbahnumbenennung in U6 eingestellt wurde, das TATblatt berichtete) es tatsächlich zu einer stadtteilweisen Befragung kommen wird, die anderen Themen aber unter den Tisch fallen werden. Für diese Ansicht spricht unter anderem der heimtückisch anmutende Einlenkversuch des Bürgermeisters Zilk: »Man muß sich dazu bekennen, daß man gelegentlich Unrecht gehabt hat«, und »Es ist die höchste Tugend der Demokratie, den Willen der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen«, wie er in einem AZ-Interview zur Volksbefragung zum Besten gibt. Die anderen Probleme tauchten in dem Artikel jedoch nicht auf.

Falls es zu den Themen aber tatsächlich später zu einer Volksbefragung kommen sollte, hätte das Ergebnis wieder nur ziemlich unverbindlichen Charakter: *das Ergebnis bildet die Grundlage für alle weiteren Überlegungen*, heißt es amtsdeutsch. Diese Überlegungen können aber freilich völlig gegensätzlich zu den Unterlagen verlaufen.

Die Volksbefragung wurde durch fünf überparteiliche Gruppierungen (»Fahrgast«, BI Schmelzpark, BI Floridsdorf gegen B3, BI Maurer Lange-Gasse und BI »Rettet Hetzendorf«) mit der Sammlung

von mehr als 70.000 Unterschriften erzwungen. Die InitiatorInnen der »Aktion Volksbefragung« hoffen, daß sich die WienerInnen mit einem kräftigen Ja für »mehr Bürgernähe und Demokratie« entscheiden. »Das Ja zur stadtteilweisen Volksbefragung wird darüberhinaus die PolitikerInnen veranlassen, weniger selbstherrlich zu agieren und die StadtbewohnerInnen von vornherein in die Entscheidungen einzubinden. Und das werden dann keine Alibiaktionen sein dürfen!« meinen sie beispielsweise im AKIN 5a/90.

Besonders ÖVP und FPÖ verstehen es derzeit ganz gut, die Früchte der Arbeit der BIs für sich einzuhamstern. ÖVP-Petrik vereinnahmt die 8er-Kampagne auf unzähligen Plakatständern mit Charme und Outfit eines Schilehrers, die FPÖ lud anbiederisch dazu ein, einen Teil ihrer Plakatständer zum Achiffieren von Volksbefragungsplakaten zu verwenden.

ZUR TECHNISCHEN DURCHFÜHRUNG DER VOLKSBEFRAGUNG:

Sie findet in den amtlichen Lokalen am 22. und 23.2. von 7 bis 19 Uhr und am 24.2. von 7 bis 16 Uhr statt. Alle Wahlberechtigten bekommen/bekamen per Post einen Stimmzettel (Reklamationen beim Magistratischen Bezirksamt oder in den Amtshäusern ab 7.2. Mo bis Fr 8 bis 18 Uhr sowie am 10. und 17.2. von 8 bis 12 Uhr und während der Volksbefragung). Die gesamte Fragestellung ist mit Ja oder Nein zu beantworten. Weitere Stellungnahmen können u.U. dazu führen, daß der Stimmzettel ungültig wird.

UND DAS IST DIE FRAGESTELLUNG:

Im 6., 7., 8., 9., 12., 15., 16., 17., 18., 19. Bezirk:

Sind sie dafür, daß sie Straßenbahn auf der Gesamtstrecke der heutigen Linie 8 trotz Gürtelumgestaltung sowie Verlängerung und Umbenennung der Stadtbahn in U6 erhalten bleibt?

Im 15. Bezirk:

Sind Sie dafür, daß die Linie 9 der Straßenbahn weiter durch die Felberstraße fährt und nicht einem dort geplanten Straßenausbau für den Autoverkehr weichen muß?

Im 21. Bezirk:

Soll der jetzt durch Floridsdorfer Wohngebiet fahrende Schwerverkehr ohne Straßenausbau auf den bestehenden Umfahrungsring verlagert werden?

Im 15., 16. Bezirk:

Soll das 3,3 Hektar große Areal auf der Schmelz an der Ecke Gablenzgasse / Possingergasse unverbaut bleiben und als Park öffentlich zugänglich werden?

Im 12. Bezirk:

Sollen die Hetzendorfer Kleingartenareale (Altmannsdorfer Anger, Egelsee, Strohberggründe, Gaßmannstraße) unverbaut bleiben?

Im 13., 23. Bezirk:

a) Soll der 4ha große Grünbereich Maurer Lange Gasse / Kaserngasse von einer Bebauung, auch einer teilweisen, freigehalten werden und für die Bevölkerung zugänglich sein?

b) Soll das dort befindliche Körnerschlößl als Schulstandort erhalten sowie als öffentliche Öko-Projektschule (10-18jährige) und als öffentliches Kulturzentrum verwendet werden?

und die genannten Vorhaben bis zum Vorliegen der Befragungsergebnisse gestoppt werden?

(zurückgeschnorrte Anzeige)

Verschärfung des AusländerInnenrechts:

Der Knüppelvorhang

Während der Ost-West-Mythos vom Eisernen Vorhang den Verschiebungen im politischen Gleichgewicht zum Opfer fällt, ziehen die Mächtigen Österreichs den Knüppelvorhang gegenüber Menschen aus der Türkei, Bulgarien, dem Nahen Osten und vielleicht auch Jugoslawien hoch. Die bisherige menschenfeindliche Praxis soll nun auf eine solide gesetzliche Basis gestellt werden: In Zukunft sind Abschiebungen ohne ordentliches Verfahren möglich, Berufung hat keine aufschiebende Wirkung mehr, Personen können legal am Verlassen des Flugzeuges gehindert werden.

Der Gesetzesentwurf, der am 22. Februar im parlamentarischen Innenausschuß besprochen und am 28. Februar vom Parlament beschlossen werden soll, sieht folgende Veränderungen vor:

Der Transitraum im Flughafen wird zum Paßinland, mit der Konsequenz, daß Grenzkontrollen auch schon im Flugzeug oder zwischen Flugzeug und Transitraum durchgeführt werden können. Begründet wird dies damit, daß "Fremde" den unkontrollierten Zugang zum Transitraum dazu benützt hätten, um *durch spektakuläre Aktionen die Einreise in das Bundesgebiet zu erzwingen*.

Konfinierung — Freiheitsberaubung — ist diese Maßnahme natürlich nicht, denn "der Fremde" wird ja *in keinem Augenblick daran gehindert ..., das Bundesgebiet zu verlassen. Aus ausschließlich von ihm zu vertretenden Gründen ist er freilich dazu während der Wartezeit (im Flugzeug oder im Warteraum) nicht in der Lage.*[1] (Hervorhebung Tb) Die jetzt schon geringen Chancen, am Flughafen einen Asylantrag stellen zu können, sinken damit auf null. DolmetscherIn oder Rechtsbeistand sind in unerreichbarer Ferne, die Kontrollfunktion unabhängiger Gruppen wie des Flughafensozialdienstes verkümmert zur Farce.

Personen, die sich "nicht rechtmäßig" in Österreich aufhalten, können laut Gesetzesentwurf innerhalb von sieben Tagen zurückgeschoben, innerhalb von vier Monaten ausgewiesen werden. Als "nicht rechtmäßig" gilt dabei der Aufenthalt von Personen, die über der "Grüne Grenze" nach Österreich gekommen sind oder sichtvermerksfrei von Grenzkontrollbeamten durchgewunken wurden.

Zurückschiebung: Menschen können innerhalb von sieben Tagen nach ihrer illegalen Einreise abgeschoben werden. Das gilt auch für aus anderen Staaten abgeschobene bzw. an deren Grenze zurückgewiesene Personen. Bisher waren Zurückschiebungen nur dann zulässig, wenn die Betreffenden unmittelbar nach dem Grenzübertritt im Grenzgebiet angetroffen werden. Als Grenzgebiet wurde der Bereich bis etwa 50 km von der Grenze angesehen, als Zeitraum unmittelbar nach dem Grenzübertritt etwa zwei bis drei Stunden.

Ausweisung: Menschen können innerhalb von vier Monaten nach ihrer illegalen Einreise mit Bescheid ausgewiesen werden. Personen, die ausgewiesen werden, müssen das Bundesgebiet unverzüglich verlassen[2]. Anderenfalls — aber auch, wenn *eine Überwachung ihrer Ausreise aus Gründen der öffentlichen Ruhe, Ordnung oder Sicherheit notwendig erscheint* — droht ihnen Abschiebung; zudem eine Verwaltungsstrafe bis zu öS 10.000 oder 14 Tage Häfen.

Einer Berufung kommt bei Zurückschiebung und Ausweisung keine aufschiebende Wirkung zu. Stellt sich die Frage, wozu dann überhaupt die Möglichkeit einer solchen "Berufung" besteht — die gerade den Zweck hat, strittige Sachverhalte zwischen Betroffenen und Behörden zu klären (zB. auch die Dauer der Anwesenheit oder die Stellung eines Asylantrages). Zudem ist die Berufung auf eine Instanz beschränkt.

Laut dem Rechtsanwalt Heinz Vana widerspricht bereits heute "die tägliche Praxis der Zurückschiebungen ... in vielen Fällen der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art.1 Zusatzprotokoll)"[3]

Mit der Ausweisung wird ein weiterer Rechtsstatus bzw. eine weitere Handlungsmöglichkeit für Behörden geschaffen — mit Blick Richtung BRD, wo die AusländerInnengesetzgebung im Entwurf für das neue Ausländergesetz mittlerweile sieben Rechtsstaten für Aufenthalt vorsieht. Für Personen, die sich erst kurz in dem betreffenden Staat aufhalten, kaum überblick- und handhabbar.

Ausweispflicht: Gegenüber Exekutivbeamten sind "Fremde" verpflichtet, die *für ihre Aufenthaltsberechtigung maßgeblichen Dokumente vorzuweisen* bzw. sich mit den Beamten *an jene Stelle zu begeben, an der die Dokumente verwahrt sind*. Darüberhinaus kann von ihnen "in begründeten Fällen" *Auskunft über den Zweck und die beabsichtigte Dauer ihres Aufenthaltes im Bundesgebiet und der Nachweis über den Besitz der Mittel zu ihrem Unterhalt* verlangt werden.

Über Menschen, die diese Ausweispflicht nicht befolgen, kann eine Verwaltungsstrafe bis zu öS 3.000 verhängt werden. Wahrscheinlicher ist aber der Fall, daß das "Organ" annimmt, die betreffende Person halte sich "nicht rechtmäßig" im Bundesgebiet auf, und dementsprechende Maßnahmen (siehe oben) zu ergreifen versucht.

Delikat ist auch der geplante §14e des Fremdenpolizeigesetzes: *Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes können einen Fremden, den sie bei der Begehung einer Verwaltungsübertretung nach §§14b*[4] *oder 14c Z2 lit. b*[5] *betreten, zum Zwecke einer für die Sicherung des Verfahrens unerläßlichen Vorführung vor die Behörde festnehmen, es sei denn, es wäre aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen, er werde das Bundesgebiet unverzüglich verlassen.* (Hervorhebung Tb)

Mittlerweile stellt die Rolle des österreichischen Staats als Mitausbeuter der "Dritten Welt" für Österreichs Mächtige kein politisches Problem mehr dar: Der

Kommentar zum Gesetzesentwurf spricht ganz unbefangen von ImmigrantInnen als "von der Aussicht auf ein leichteres Leben in Westeuropa Verführten". Quasi: Wer das Pech hat, in der Dritten Welt geboren zu sein, soll auch dort bleiben.

Seitens einer Aktionseinheit mehrerer Gruppen soll am 16. Feber ein Aktionstag gegen diese Verschärfungen stattfinden. Ein Flugblattentwurf fordert unter anderem die Rückziehung des Entwurfs, Aufhebung der Visumpflicht für Menschen aus Bulgarien und der Türkei, die Verhinderung der Verschärfung von Asylgesetz und Ausländerbeschäftigungsgesetz, die Beendigung der Praxis geheimer Abkommen und informeller Übereinkünfte (wie das Schengener Abkommen oder die TREVI-Gruppe) und gleiche Rechte für alle in Österreich lebenden Menschen.

Kursiv gesetzte Textstellen sind Zitate aus dem Novellierungsentwurf oder der Begründung dazu.

1 *Selbst wenn alle oder einige dieser Maßnahmen als Konfinierung und damit als Eingriff in das verfassungsrechtlich gewährleistete Recht auf persönliche Freiheit zu gelten hätten,* fährt der Entwurf fort, *hindert dies nicht ihre Zulässigkeit. Sowohl die Menschenrechtskonvention (...) als auch das am 1. Jänner in Kraft tretende Bundesverfassungsgesetz über den Schutz der persönlichen Freiheit ... sehen die Zulässigkeit freiheitsbeschränkender Maßnahmen zur Sicherung einer Ausweisung vor.* (Hervorhebung Tb)

2 Im Gegensatz dazu sieht das Aufenthaltsverbot eine Ausreisefrist vor.

3 Standard, Datum unbekannt (Ende Jänner 1990)

4 "nicht rechtmäßiger" oder "unbefugter" Aufenthalt, Nichtausreise bei Aufenthaltsverbot oder Ausweisung, Wiedereinreise bei Aufenthaltsverbot

5 Nichtbefolgung der Ausweispflicht

AusländerInnenbeschäftigung:

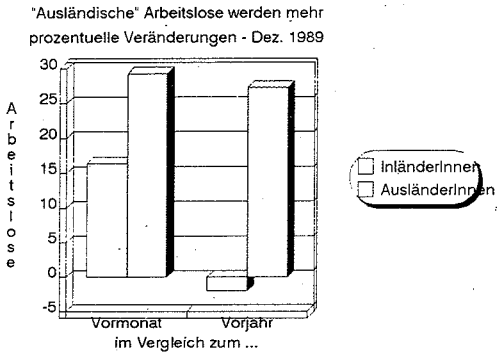
Zahl der Arbeitslosen steigt

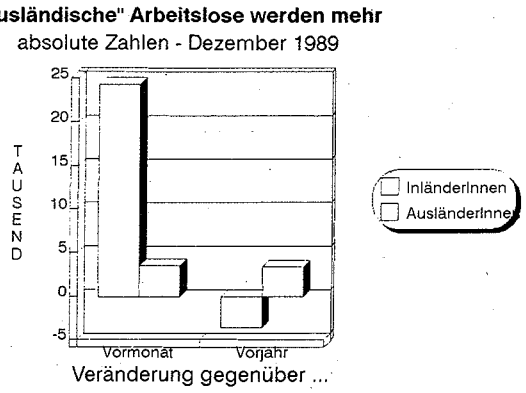
(kontraste)

Während die Arbeitslosenrate generell zurückgeht, sind immer mehr in Österreich beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer von Arbeitslosigkeit betroffen.

Im Jahr 1989 waren in Österreich etwa 167.000 ausländische ArbeitnehmerInnen beschäftigt, das sind um 16.000, entsprechend 10,7 Prozent, mehr als im Vorjahr. Der AusländerInnenanteil an den Beschäftigten stieg auf 5,8 Prozent.

Andererseits ist der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an den Arbeitslosen mit rund sieben Prozent enorm gewachsen. Im Dezember 1989 waren 15.874 arbeitslose AusländerInnen gemeldet. Während die Zahl der inländischen Arbeitslosen gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um zwei Prozent zurückging, gab es bei den ausländischen Arbeitnehmern im selben Zeitraum einen Zuwachs von mehr als sieben Prozent.





		Veränderung gegenüber			
	Anzahl	Vormonat	in %	Vorjahr	in %
InländerInnen	172.977	24.336	16,4	-3.581	-2,0
AusländerInnen	15.874	3.598	29,3	3.401	27,3

Novelle des Ausländerbeschäftigungsgesetzes:

Liberal nach innen, restriktiv nach außen

Sozialminister Geppert plant noch für die erste Jahreshälfte eine Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (ABG). Bereits im März sollte der Gesetzesentwurf vorliegen. Details der Regelungen sind allerdings noch nicht bekannt. Die letzte Novelle wurde im Frühjahr 1988 beschlossen.

(kontraste,tb)

Liberalisierung der AusländerInnenpolitik gegenüber jenen, die schon länger in Österreich leben und arbeiten, bei gleichzeitiger Verschärfung der Restriktionen gegenüber neu Zugewanderten — das scheint die grundsätzliche Linie der Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz zu sein, die Sozialminister Geppert noch in der ersten Jahreshälfte über die parlamentarische Bühne bringen will.

Welche Änderungen könnte eine Novellierung bringen?

Befreiungsschein: Die geplante "Liberalisierung" wird im wesentlichen auf eine Erleichterung beim Zugang zum Befreiungsschein hinauslaufen. Bis jetzt war für den Erhalt des Befreiungsscheines eine achtjährige ununterbrochene Beschäftigungsdauer Voraussetzung. Nach den Plänen des Ministers sollen zukünftig jene Ausländerinnen und Ausländer einen Befreiungsschein erhalten, die sich in den letzten acht Jahren (seit Antragseinbringung) in Österreich aufgehalten haben und davon mindestens fünf Jahre beschäftigt waren. Auch diese Regelung wäre immer noch ausgesprochen einschränkend — auch im internationalen Vergleich (siehe Tabelle). Nur die Schweiz verfolgt eine ähnlich restriktive Politik.

Außerdem sollen folgende Personengruppen Anspruch auf einen Befreiungsschein haben: Ausländerinnen und Ausländer, die mit Österreichischen StaatsbürgerInnen verheiratet sind oder es mindestens fünf Jahre waren, oder die das Sorge-

Staat	Aufenthaltserlaubnis nach
Schweden	einjährigem Aufenthalt
Belgien	fünfjährigem Aufenthalt
Niederlande	dreijähriger Beschäftigung
Frankreich	vierjähriger Beschäftigung
BRD	fünfjähriger Beschäftigung

recht für österreichische Staatsangehörige und ihren Wohnsitz in Österreich haben.

Die Geltungsdauer des Befreiungsscheines soll auf fünf Jahre ausgedehnt werden; bei einer Verlängerung soll eine unbefristete Zuteilung erfolgen. Nach dem Entwurf zur Novelle wären Befreiungsscheine für Jugendliche der "zweiten Generation" auch ohne die Anwesenheit ihrer Eltern leichter zu bekommen.

Beschäftigungsbewilligung: Die Beschäftigungsbewilligung soll bei Verlängerung auf zwei Jahre (bisher ein Jahr) erteilt werden.

Eine weitere Überlegung im Entwurf: *Zur Lösung der kurzfristig in Österreich befindlichen "Arbeitstouristen" insbesondere aus Oststaaten soll die Erteilung einer befristeten Arbeitserlaubnis an die Ausländer selbst zur Diskussion gestellt werden.*

Aber auch bei Nicht-"Arbeitstouristen" wird überlegt, in Hinkunft die Position von ArbeitnehmerInnen als selbständige RechtsträgerInnen zu stärken (ich glaub, ich werd doch noch mal auf die geschlechtsneutrale -y bzw. -ys schreibweise einsteigen. rechtsträgys klingt zwar unjuristisch, ist aber viiel weniger arbeit zu tippen, anm.). Derzeit sind Beschäftigungsbewilligungen an ein Unternehmen gebunden. Zur Diskussion steht nun eine Übertragbarkeit der Beschäftigungsbewilligung: Läuft ein Arbeitsvertrag mit einem Betrieb bei bestehender Beschäftigungsbewilligung aus, kann ein anderes Unternehmen in die Beschäftigungsbewilligung einsteigen.

(Inwieweit diese Regelung, abgesehen vom Wegfall der unangenehmen Wartezeiten, eine Verbesserung für die ArbeitnehmerInnen bringen soll, ist mir unklar. Im Gegenteil erinnert diese "company rotation" eher an eine gesetzliche Umsetzung von Personal-Leasing, das nicht gerade die besten Arbeitsbedingungen bietet. Anm)

Kontrolle: Über die Novelle sollen auch Kontrollen von Unternehmen wegen Schwarzarbeit verschärft werden: Bei unberechtigter Beschäftigung von ausländischen ArbeitnehmerInnen (dh. ohne Beschäftigungsbewilligung, Befreiungsschein oder Arbeitserlaubnis) sind Geldstrafen bis zu 240.000 Schilling (im Wiederholungsfall) vorgesehen. (Wieso Schwarzarbeit? Schwarz-Beschäftigung! Anm.)

Zur verstärkten Kontrolle und Erweiterung der Strafmaßnahmen gegen unberechtigte Beschäftigung wird auch die Möglichkeit einer Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbs erwogen. Auch eine verabsäumte Meldepflicht gegenüber dem zuständigen Arbeitsamt über die Beschäftigung von ausländischen ArbeitnehmerInnen könnte mit Strafen bis zu 30.000 Schilling belegt werden. Daneben wäre auch die Verweigerung von Ausweisleistung oder Zutritt der Behörden zu Betriebsstätten strafbar.

Gefordert wird von einer Novellierung unter anderem eine weitergehende Verschärfung von Maßnahmen gegen unberechtigte Beschäftigung: Klagemöglichkeit wegen unlauteren Wettbewerbs und/oder Entzug der Gewerbeberechtigung. Zudem sollen Unternehmen verpflichtet werden, Beschäftigte sofort bei der Sozialversicherung anzumelden (derzeit: Frist 1 Monat).

Zudem wird in den sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen die Beibehaltung arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen gefordert. Die Praxis von Reinigungsfirmen verdeutlicht die Brisanz dieses Problems: in Reinigungsfirmen müssen ausländische Frauen oft Blankoarbeitverträge unterschreiben, über deren genauen Inhalt sie im unklaren gelassen werden. Werden sie schwanger, wird von Dienstgeber oder Dienstgeberin eine Befristung eingetragen, die betroffene Arbeitnehmerin verliert somit alle Ansprüche. Vorfälle dieser Art sollen etwa durch die Regelung, daß zwingend ein Arbeitsvertag schriftlich geschlossen und beim Arbeitsamt hinterlegt werden muß, verhindert werden.

Hinsichtlich der schon länger in Österreich lebenden Ausländerinnen und Ausländer fordert die ArbeitnehmerInnenseite in den sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen eine weitgehende Liberalisierung: Sie sollen auf der Kontrolle durch den Arbeitmarkt (Befreiungsschein) entlassen werden, aufbauend auf der Überlegung, daß eine restriktive Handhabung des Befreiungsscheines kein "Entlastung des Arbeitmarktes" bewirkt. Die betroffenen ausländischen ArbeitnehmerInnen würden nur in den Schwarzarbeitsmarkt gedrängt.

Die kontraste-Redaktion sieht in Übereinstimmung mit Meinungen aus der Arbeiterkammer eine Orientierung der Novelle und der arbeitnehmerInnen-seitigen Diskussion am "schwedischen Weg": De-facto-Einbürgerung von bereits im Land lebenden ausländischen ArbeitnehmerInnen bei restriktiver Zugangsbeschränkung. Und zieht am Schluß das Resümee: Das Beispiel Schweden jedenfalls zeigt, daß Restriktionen im Bereich der Ausländerbeschäftigungspolitik auch Restriktionen in der Flüchtlingspolitik nach sich ziehen. Passend dazu eine Titelzeile des "Standard" vom 20. Jänner: "SP will wenige Ausländer, doch denen soll's gutgehen". Siehe auch unsere diversen Artikel zu diesem Thema in den letzten Nummern und in dieser.

Amtliche Lügen

In den letzten Monaten ist der Zustrom türkischer Staatsangehöriger nach Österreich sehr stark angestiegen, die zum größten Teil versuchen, mit Hilfe von Mittelsmännern illegal in andere westeuropäische Staaten zu gelangen.

Ein erheblicher Teil der sichtvermerksfrei in Österreich eingereisten türkischen Staatsangehörigen beantragt in Österreich politisches Asyl, um zumindest eine vorübergehende Aufenthaltsbewilligung zu erhalten und sich vor der Repatriierung in die Türkei zu schützen.

Die östereichische Regierung hat sich unter diesen Umständen genötigt gesehen, am 16. Jänner 1990 den Beschluß zu fassen, das eingangs zitierte

Dieses Faksimile ist ein Auszug des Bundesgesetzblattes, mit dem die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges aufgehoben, sprich die Visumpflicht für türkische StaatsbürgerInnen verhängt wurde. Wir benutzen die Gelegenheit, um einmal mehr die Verlogenheit der staatlichen österreichischen Flüchtlingspolitik zu demonstrieren — anhand einer "Verbalnote" des Außenministeriums, gezeichnet: Vranitzky.

Mit Darstellung "Asyl verhindert Repatriierung" bringt die österreichische Regierung ihre Zusammenarbeit mit dem faschistischen Regime in der Türkei offen zum Ausdruck. Gleichzeitig wird damit klargestellt, daß in den Augen des österreichischen Staates ein Großteil der AsylwerberInnen ohnehin falsche Angaben macht und Asyl somit für die österreichische Regierung allenfalls eine lästige Pflicht ist.

Die arme, arme österreichische Regierung fühlt sich daher gezwungen...

Zum Thema "Schwarzarbeit"

Daß Österreichs UnternehmerInnen billige Arbeitskräfte bevorzugen, ist unbestritten. Das zeigen zuletzt auch die Erfahrungen mit der von Sozialminister Geppert unterstützten Aktion, AsylwerberInnen Beschäftigungsbewilligungen auszustellen.

(kontraste,ak)

Bis Anfang Oktober des Vorjahres erhielten Flüchtlinge, die vor Mai 1988[1] Asyl beantragt haben, bei entsprechendem Ansuchen eines Unternehmens eine Beschäftigungsbewilligung. In Wien, wo mehrere tausend AsylwerberInnen leben, wurde in 171 Fällen um Arbeitsbewilligungen angesucht. 150 Ansuchen wurden genehmigt, in zwei Fällen verwehrte die Behörde die Ausstellung der Beschäftigungsbewilligung, weil die Betriebe sich weigerten, die kollektivvertraglichen Löhne zu zahlen. Insgesamt waren mit 30. Oktober 1989 rund 270 AsylwerberInnen beim Arbeitsamt Pasettistraße als arbeitssuchend gemeldet.

1 Einführung des "Schnellverfahrens"

Kein Straßenbau in Moor und Au

Einspruchsmöglichkeit für alle in Österreich. JETZT

Seit 8 Jahren kämpft die BürgerInneninitiative "Schönes Ennstal" dagegen an, daß das Problem des Transits durch das steirische Ennstal mit der ausweglosen Kurzschlußidee einer Neutrassierung der Bundesstraße entlang der Enns zu lösen versucht wird. Diese Trasse soll noch dazu über ökologisch äußerst sensible und durch einen Straßenbau unwiederbringlich zerstörte Hochmoor- und Altwasser-Biotope geführt werden.

(BI "Schönes Ennstal", TATblatt-Wien)

Auf der "Gastarbeiterroute" rollt zu Spitzenzeiten eine unvorstellbare Blechlawine durchs Ennstal. Die Straßenbautechnokraten der Steiermärkischen Landesregierung planen seit urdenklichen Zeiten eine Verbindungsspange zwischen Tauern- und Pyhrnautobahn durchs mittlere Ennstal. Die Gemeinden westlich von Trautenfels bis Radstadt haben sich aus fremdenverkehrspolitischen Gründen dagegen ausgesprochen. Hier brachten kleinere Ortsumfahrungen Erleichterungen für die Bevölkerung (zB Gröbming).

Auf einem Stück von etwa 16 km Länge versteifen sich jedoch die Bürgermeister der vom Duchzugsverkehr arg betroffenen Gemeinden Stainach, Wörschach, Weißenbach und Liezen beharrlich auf eine Neutrassierung einer leistungsfähigen und überbreiten Bundesstraße, direkt in Talmitte neben der Enns. Damit würde der Naturraum dieses Talabschnittes endgültig ruiniert sein.

Die BürgerInneninitiative hat erreicht, daß die Steiermärkische Landesregierung selbst eine Kosten-Nutzen-Analyse zur geplanten Straßentrassierung veranlaßt hat. Diese kommt zu dem Schluß, daß ein Straßenneubau nicht den Zielen eines ganzheitlichen Umweltschutzes entspricht, "*der in der Schonung der bereits knapp gewordenen naturnahen Räume eine langfristige Vorsorge zur Erhaltung der Lebensgrundlagen des Menschen sieht*" ("SNIZEK-Gutachten", S. 100).

Die von der BI eingereicht Alternativvariante — Ausbau des Bestandes der B 308 mit Tunnelumfahrung von Stainach, Lärmschutzeinrichtungen und teilweise Unterflurführung am Bestand der jetzigen Bundesstraße ohne nennenswerten zusätzlichen Grundverbrauch — wurde hingegen in einem wissenschaftlichen Variantenvergleich als ebenso zielführend bei gleichzeitiger Erhaltung des Naturraumes beurteilt.

Trotzdem wurde in einer politischen Entscheidung, der sich die Mitglieder des steirischen Naturschutzbeirats — unter politischer Weisung, nach Austausch des Vorsitzenden und geändertem Abstimmungsmodus — fügten, der Straßenneubau beschlossen. Nach Ansicht der Fachbeiräte im Naturschutzbeirat handelt es sich dabei eindeutig um eine Rechtsbeugung der Behörde (s. Antrag an den Beirat, Courage 16.10.87).

Offene Briefe, LeserInnenbriefe und Vorsprachen von BI und BäuerInnen kommentierte Naturschutzlandesrat Jungwirth (ÖVP) mit: "Ich habe offene Briefe nicht gerne" und in einer Aussprache im Oktober 87 erklärte er, 40% der Fläche der Steiermark stünden unter Natur- oder Landschaftsschutz, und dies sei **bedeutend zu viel**, man müsse von der "Käseglockentaktik" (Landschaftsteile unberührt zu lassen) wegkommen.

Die BürgerInneninitiative sieht im Vorgehen des Naturschutzbeirates eine grobe Verletzung des Prinzips, sachlich objektivierte Entscheidungen zu treffen, die Fortschreibung der bisherigen überlebten Verkehrsstrategien und den politisch motivierten Verzicht auf grundlegende ökologische Handlungsweise. Eine kürzlich eingebrachte Anklage der BI gegen Naturschutzlandesrat Jungwirth wegen Amtsmißbrauchs und Verletzung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes wurde von der Staatsanwaltschaft zurückgelegt.

Nun formieren sich aber auch die Bauern und Bäuerinnen zum Widerstand: 26 haben sich bisher gesammelt, ein Großteil wird den Widerstand gegen die Enns-Trasse bis zur Enteignung und zu den Höchstgerichten tragen.

Die BI betont, daß der administrativ und legistisch ungebremste Straßentransit neben den ökonomischen und sozialen Kosten auch **immer höhere politische Kosten** verursachen wird, nämlich den Widerstand gegen Entscheidungen, welche keine Neuorientierung der österreichischen Verkehrspolitik einleiten. ●

Das Projekt Ennstrasse kann JETZT durch UNSERE ENWENDUNGEN verhindert werden! Unterschreiben können alle, nicht nur Wahlberechtigte. Kopiert nötigenfalls untenstehende Äußerung und gebt sie weiter.

Ausgefüllt einschicken bis **spätestens 19.2.** (Ende der Einspruchsfrist) an: Barbara Stangl, 8942 Wörschach 82

Äußerung

gemäß §4 Abs. 5 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286,
in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 63/1983, zur Bestimmung des Straßenverlaufes des Abschnittes "Stainach-Liezen" der B 146, Ennstal-Straße, im Bereich der Gemeinden Stainach, Wörschach, Aigen im Ennstal, Weißenbach bei Liezen, Lassing und Liezen.

Ich erhebe aus folgenden Gründen Einspruch gegen die geplante Neutrassierung der B 146 entlang der Enns ("ennsnahe Trasse"):

-In einer zukunftsweisenden Verkehrsplanung dürfen nur noch Geldmittel aufgewendet werden, die den Transitverkehr *bremsen*. Das geplante Bauwerk erfüllt diese Aufgabe in keiner Weise. Im Gegenteil: Es macht das Ennstal für den Straßentransit noch attraktiver.

-Durch die geplante neue Trasse wird die jetzige B 146 nur ungenügend entlastet. Ein drittes (!) Straßenband durch das Ennstal ist unakzeptabel.

-Zusätzliche Wohngebiete und der gesamte Talbereich werden verlärmt.

-Große landwirtschaftliche Nutzflächen gehen verloren. Bemühungen der Bäuerinnen und Bauern um ökologische Produkte als ihre wirtschaftliche Zukunftssicherung werden zunichte gemacht.

-Die ökonomischen Perspektiven der Region als Fremdenverkehrsgebiet werden vehement beeinträchtigt.

-Das Grundwasser wird gefährdet. Der Ennsboden ist das größte Trinkwasserreservoire der Steiermark.

-Die geplante Trasse zerstört hochwertige ökologische Gebiete, speziell Feuchtbiotope und geplante Vogelschutzgebiete.

-Für die geplante Trasse fehlt eine unbedingt erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung.

-Die geplante Trasse erhöht durch ihre Verlaufscharakteristik, Glatteis- und Nebelgefahr (Nebelzone I) die Unfallschwere beträchtlich.

-Ein Tunnel für Stainach und Unterflurtrassen für Wörschach, Weißenbach, Liezen an Stelle der projektierten Ennstrasse würden verkehrspolitische und ökologische Zielsetzungen um ein Vielfaches besser erfüllen und zugleich die Anrainer und Anrainerinnen der jetzigen B 146 sinnvoll und wesentlich entlasten.

....

Name und Anschrift Unterschrift

BRD:
Prozesse wegen Essen-Demo

Am 11.2.1989 demonstrierten in Essen 10.000 Leute für die Freilassung von Ingrid Strobl, für die Abschaffung der Sonderhaftbedingungen und für die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand in selbstbestimmte Gruppen sowie für die Abschaffung der Gesinnungsparagraphen 129a. Weitere inhaltliche Schwerpunkte der Demonstration waren: Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den bundesweiten Durchsuchungen und Verhaftungen vom 18.12.87.

(E.coli-bri)

Aktueller Anlaß der Demonstration war der zum 14.2.1989 anstehende Prozeßbeginn von Ingrid Strobl, die zwei Tage nach der bundesweiten Razzia vom 18.12.87 verhaftet wurde und inzwischen vom OLG-Düsseldorf zu 5 Jahren Knast verurteilt wurde.

Die Demonstration wurde von einem großen Frauen- und Lesbenblock angeführt, im übrigen Demonstrationszug war auch das autonome Spektrum vertreten.

Schon zu Beginn der Demo wollte die Einsatzleitung der Polizei die DemonstrantInnen um den zweiten Lautsprecherwagen angreifen lassen. Da sich um diesen Lautsprecherwagen — nach Meinung der Polizei — die gewaltbereitesten DemonstrationsteilnehmerInnen versammelten. Die bestätigte sie später gegenüber der Demonstrationsleitung. Aufgrund des für die Polizei ungünstigen Kräfteverhältnisses verzichtete sie darauf. Nachdem die Polizei die Demonstration um eine Stunde verzögert hatte, wurde schließlich ein Polizeispalier entlang des Demonstrationszuges gebildet und dieser unter etlichen Provokationen durch die Polizei zur Abschlußkundgebung zwischen Knast und Polizeipräsidium geleitet.

Dort startete die Polizei während eines Redebeitrages ihren Angriff gegen die ihr mißliebigen DemonstrantInnen. Später begründete die Einsatzleitung ihren Einsatz damit, daß eine kleine Gruppe innerhalb Tausender DemonstrantInnen Pflastersteine ausgegraben hätte.

In der Innenstadt traute sich die Polizei nicht, die Demo aufzulösen. Einmal schreckte sie die hohe Anzahl der TeilnehmerInnen, zum anderen deren entschlossenes Auftreten. Auf der Abschlußkundgebung gingen dann die SEK-Kommandos gegen den vermeintlichen "schwarzen Block" vor. In Rambo-Manier wurde die erste Reihe der Demo verprügelt. Es gab zum Teil schwere Verletzungen im Gesicht, Prellungen, Brüche und viele Platzwunden. Am Ende der Demonstration mußte der Ermittlungsausschuß mindestens 44 verletzte und 9 festgenommene DemonstrantInnen registrieren.

Gegen 8 von denen, die in diesem Zusammenhang festgenommen wurden, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zwei Verfahren wurden inzwischen eingestellt, in einem Verfahren erging ein Strafbefehl und die übrigen fünf Verfahren wurden zusammengelegt; inzwischen wurde Anklage erhoben.

Diesen fünf Angeklagten wird in Kürze in Essen vor dem Schöffengericht der Prozeß gemacht.

Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch, teilweise Widerstand, Körperverletzung und anderes vorgeworfen. Die Anklage der Polizei und der Staatsanwaltschaft stützt sich auf die Konstruktion, daß sie von einem einige hundert Personen starken "Block" ausgeht, der gemeinsam geplante Gewalttätigkeit abgesprochen hätte.

Deshalb fordern wir Euch auf:

- Macht mit uns diesen Prozeß öffentlich
- Laßt die Angeklagten nicht vor Gericht allein
- Spendet Geld zur Unterstützung der Angeklagten

Spenden an: H.D.Schachta, Sonderkonto, PGA Essen, Konto Nr. 4522 49-439
(aus einem Essener Flugblatt)

Die Zeitschrift FRAUENSOLIDARITÄT beinhaltet Analysen, Kurznachrichten, Berichte, Kommentare, Interviews und Rezensionen zu den Bereichen: Frauen und Entwicklung, Frauen in der Dritten Welt und in Österreich, Frauen und Entwicklungshilfe.

FRAUENSOLIDARITÄT

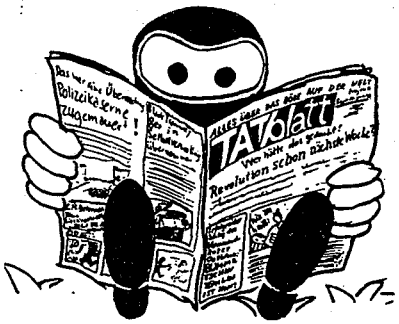
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE INITIATIVEN FÜR FRAUEN IN DER DRITTEN WELT

- Wir zeigen anhand von konkreten Beispielen die Situation der Frauen in der Dritten Welt.
- Wir unterstützen Projekte in Zusammenarbeit mit Frauen und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern.

1 GRATISHEFT zum kennenlernen !

FRAUENSOLIDARITÄT erscheint 4 x im Jahr und kostet im Abo öS 160.- (Ausland: öS 200.-). Einzelheft öS 40.-.

Bestellungen an: FRAUENSOLIDARITÄT, Weyrgasse 5, A - 1030 Wien
Tel. 0222/713 35 94/Kl. 80



Übrigens soll ich noch dazuschreiben, daß diesmal die **Häfenserie** ausfällt. Außerdem suchen wir einen Radiorecorder, so mit vielen Tasten und Lamperln und so. Meldet Euch!

Gentechnikgesetz in der BRD

Für das erste Halbjahr 1990 ist die endgültige Verabschiedung eines Gesetzes vorgesehen, das die Forschung, Produktion und Freisetzung genetisch veränderter Organismen regeln soll.

(E.coli-bri)

Bisher existiert kein spezielles Gesetz zur Regelung der Gentechnik; allerdings ist seit dem 1.9.88. die Genehmigung von gentechnologischen Anlagen dem Bundesimmissionsschutzgesetz unterworfen. In diesem Gesetz gibt es keine detaillierten Aussagen zur Anwendung und zum Umgang mit gentechnologisch veränderten Organismen, es beinhaltet jedoch die Beteiligung der Öffentlichkeit an dem Genehmigungsverfahren.

Gentechnologische Forschungsvorhaben und die gezielte Freisetzung manipulierter Organismen fallen nicht darunter. Durch die Öffentlichkeitsbeteiligung sind zur Zeit laufende Genehmigungsverfahren bis jetzt, wenn auch nicht gekippt, so doch vorläufig gestoppt oder in Warteposition gebracht worden. Laufende Verfahren sind zur Zeit ua.:

- Fa. Behring/Marburg (100%ige Hoechst-Tochter): Produktion von EPO = Erythropoietin (regt die Bildung von roten Blutkörperchen an);a. Grünenthal/Aachen (Produzentin von Contergan): Herstellung von Pro-Urokinase (ein gerinnungshemmender Wirkstoff);
- Fa. Hoechst/Frankfurt/Main: Produktion von gentechnologisch hergestelltem Humaninsulin.

Der Bau der schon genehmigten Hoechster Insulin-Anlage wurde am 7. November vom Verwaltungsgerichtshof in Kassel auf einen Eilantrag von EinwenderInnen hin gestoppt.

Gerade diese letzte Entscheidung stellt für die beteiligte Industrie eine Bedrohung dar, mit Angst vor weiterreichender Auswirkung. Der Ruf nach einem Gentechnikgesetz ist lauter geworden. Nicht nur von der produzierenden Industrie, sondern auch von Forschungsseite. Da wird vor Rückständigkeit gewarnt, vor Behinderung der Freiheit von Forschung und Lehre, nachlassender Konkurrenzfähigkeit, sinkendem Profit bis hin zu den Drohgebärden, die gentechnologischen Projekte auszulagern ins Ausland (USA, Japan), wo solche Behinderungen nicht zu erwarten sind.

Die Forderung nach klaren Richtlinien beinhaltet gleichzeitig die uns hinlänglich bekannte scheinbare Schaffung demokratischer Verhältnisse und darüber die Legitimation des gesamten Elends.

Mit dem jetzt zu erwartenden Gentechnikgesetz wird den Wünschen all dieser Rufer vollständig Rechnung getragen. Die zeitweise etwas hinderliche, störende Öffentlichkeit fällt von vornherein weg, die Regelungen werden noch glatter ablaufen. Nach dem bis jetzt vorliegenden Entwurf für das Gesetz fallen in Zukunft alle Entscheidungen im Zusammenhang mit der Gentechnologie im Bundesgesundheitsamt und der dort angesiedelten "Zentralen Kommission für biologische Sicherheit" (ZKBS). Bei der momentanen Zusammensetzung dieses Gremiums sind zehn der zwölf Stimmen auf Seiten der Nutznießer.

Anwender und Nutznießer werden sich selbst kontrollieren! (oder auch nicht, d.szr)

Weiterhin soll nach dem Entwurf die Freisetzung veränderter Organismen in Zukunft erlaubt sein. ●

Entwicklungspolitische Woche

Das AusländerInnenreferat der ÖH plant für Mai 1990 eine "Entwicklungspolitische Woche". Untenstehender Programmvorschlag soll in Kürze endgültig fixiert werden, jedoch sind **alle aufgerufen, ihre Ideen und Kritiken einzubringen. Und zwar am besten schriftlich und baldigst ans TATblatt (1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11).**

Programmvorschlag:

So, 27.Mai:

Hungerstreik gegen Menschenrechtsverletzungen und für die Opfer des Krieges (Das weiß ich jetzt nicht, was das ist; Anm. d. Tipperin)

Mo, 28.Mai: Tag für die Menschenrechte

12.00 Uhr: Diavortrag über Südafrika,
Film: "Verbrannte Erde"
13.00 Uhr: Malaktion v.KünstlerInnen
20.00 Uhr: Podiumsdiskussion (zum Tagesthema) mit Weihbischof Kuntner, Hans Benedict, Prof. Hummer (?), Dr. Kleinschmied (?)

Di, 29. Mai: Tag für Fremdsein in Österreich

10.00 Uhr: Lesung über Lateinamerika
16-18.00 Uhr: Schauspiel, Straßenaktion
20.00 Uhr: Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der 4 Parlamentsparteien

Mi, 30. Mai: Tag der Entwicklungshilfe

12.00 Uhr: Diavortrag über das Amazonasgebiet
14.00 Uhr: Entwicklungshilfe – Umweltschutz (Alternativreferat, Grüne)
anschließend: Vortrag von Mohammad: "Umweltschutz aus der Sicht von uns in den Entwicklungsländern" (Sondermüll und atomare Abfälle in die "3.Welt")
Frauenfilm
Diskussion: "Frauen in der sog. 3.Welt"

Do, 31. Mai:

12.00 Uhr: Diavortrag über Rumänien
15.00 Uhr: Film über Indianer
20.00 Uhr: "Haus Europa" – Konseqenzen für die "3.Welt" Vortrag v. Franz Vranitzky (angefragt)
"Ost-West-Konsequenzen" Dr. Erhard Busek (angefragt)

Fr, 1. Juni: Tag der Befreiung

12.00 Uhr: Diavortrag über Afghanistan
15.00 Uhr: Film über Bischof Romero
20.00 Uhr: Podiumsdiskussion zum Thema: "Theologie der Befreiung" Kardinal König, Brandner (?), Krumweider (?), Dolores Bauer

Sa, 2. Juni: Kulturelle Begegnung

15.00 Uhr: International Art- Orchestra
19.00 Uhr: Lambada-Austro-Fest

TATblatt EXTRA

DISKUSSION OPERNBALL '90

TEIL 4

Stellungnahme des Wiener TATblatt-Kollektivs

Wie wir mit den *TATblatt-extra*-Diskussionsseiten zum Opernball begonnen haben, wollten wir eine breite offene und solidarische Diskussion fördern, die letztendlich zu einer breiten offenen solidarischen Vorbereitung der Opernballdemo hätte führen sollen. Breite Vorbereitung hätte bedeutet, daß sich viele Leute und Gruppen hätten einbringen können, die verschiedenen Vorstellungen unter einen Hut zu bekommen gewesen wären und heute eine vielfältig-subversive Ballnacht bevorstehen hätte können. Offene Vorbereitung hätte bedeuten können, daß Unklarheiten vermieden und dadurch Unsicherheiten aus dem Weg geräumt hätten werden können, alle hätten genau gewußt, worauf sie sich einlassen und dementsprechend handeln können. Aus alledem ist aber nichts geworden. Wie die Opernballdemo über die Bühne gehen soll, ist mehr als unklar, von Offenheit war nicht das Geringste zu bemerken. Die Plena waren dominiert von beeindruckender Präpotenz gegenüber Gruppen, die nicht dem Selbstverständnis von, das Plenum dominierenden, Personen entsprechen.

Das *TATblatt-extra* hat ja sehr vielversprechend begonnen. Schon im zweiten Teil war aber unübersehbar, daß offenbar nicht der geringste Wille dazu besteht, auf andere Papiere einzugehen, sich aufeinander zu beziehen. Das *TATblatt-extra* wurde ein Sammelsurium von Statements, die wiederum zu einem Großteil außer exzessiven Phrasendrescherein nicht viel enthalten haben. Das *TATblatt-extra* schlug in sein Gegenteil um: Anstatt die Diskussion und Offenheit zu fördern, übte es eine Alibi-Funktion aus: Es ist eh alles so leiwand.

Als wir nun feststellten, daß wir mit dem Stand der Opernballdemovorbereitung, jetzt, eineinhalb Wochen davor, große Probleme haben, entschlossen wir uns, nicht mehr nur ein *offenes Forum* anbieten zu wollen, sondern – spät aber doch – auch selbst Stellung beziehen zu wollen.

Als Problem stellte sich allerdings, daß zwar die einzelnen TATblattis auf verschiedenen Ebenen sich an der Demovorbereitung beteiligt hatten, und in verschiedenen Zusammenhängen auch diskutiert haben, daß aber wir als *TATblatt-Kollektiv* gemeinsam noch nie so richtig und überhaupt darüber diskutiert haben.

Wir haben uns daher entschlossen, das Erscheinen dieses nun vorliegendes TATblatts so lange aufzuschieben, bis zumindestens ein Minimum an Diskussion geführt worden ist. Als Ergebnis liegt nun folgende Stellungnahme des TATblatt-Wien-Kollektivs vor. Natürlich ist klar, daß die Diskussionsversäumnisse der letzten Wochen nicht so mir-nichts-dir-nichts aufgeholt werden konnten. Die Stellungnahme ist daher sicherlich kein homogenes, in sich schlüssiges Papier, es ist vielmehr eine Aneinanderreihung einiger besonders aufstoßender Punkte, die wir aber größtteils auch noch weiter diskutieren möchten. Zum Teil ist die Stellungnahme vielleicht auch ein bißchen verhudelt.

Auf alle Fälle wurde uns eines klar: Es besteht viel Nachholbedarf an Diskussion. Das aber nicht nur unter uns. Wir wollen daher das TATblatt-extra auch nach dem Opernball als Diskussionsbeilage weiterführen. Zuerst zur Demo-Nachbereitung und dann zur allgemeinen linken Strategiediskussion: Wo sind unsere Gemeinsamkeiten, wo die Unterschiede, haben wir ein gemeinsames Ziel, oder sind wir uns ohnehin vollkommen fremd?...

Beiträge sind nicht nur erwünscht, wir fordern sie irgendwie auch von euch.

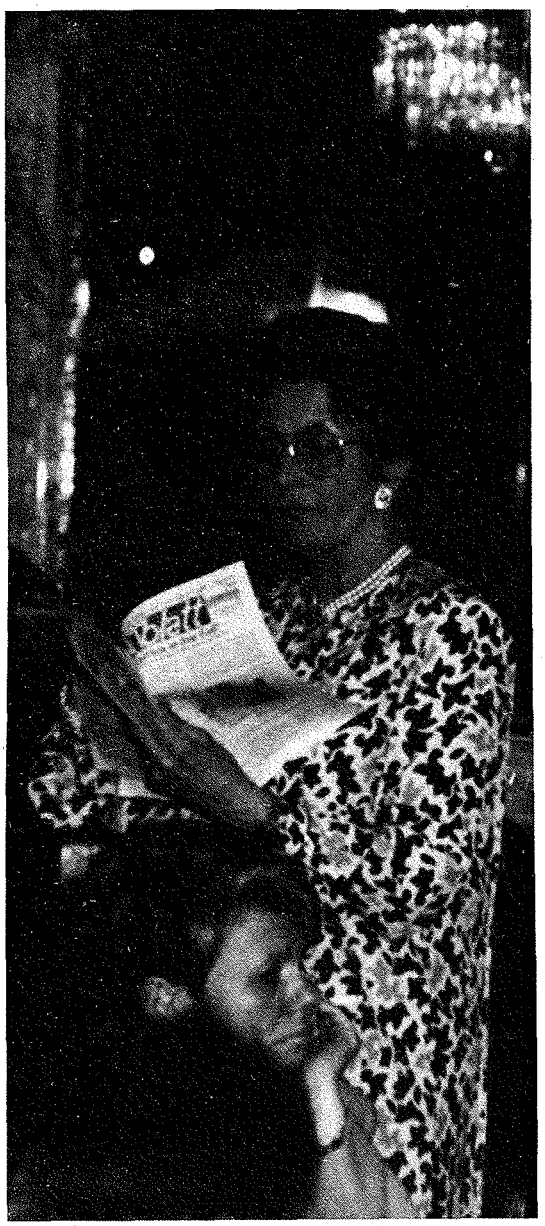
Ein Gedanke noch vorweg: Entgegen dem, wie das TATblatt des öfteren bezeichnet wird, ist das TATblatt weder ein autonomes Zentralorgan noch *die* Zeitung der autonomen Szene oder so was ähnliches. Das TATblatt ist ein selbstverwaltetes Zeitungsprojekt, das zu einem großen Teil von Autonomen (was immer das auch bedeutet) betrieben wird. Die Autonomen sind aber nicht im geringsten eine homogene Gruppe, eher im Gegenteil.

ZUR DEMO

So wie die Dinge stehen, haben wir ein verdammt schlechtes Gefühl mit der Demo. Natürlich kann sich noch alles ändern, aber das halten wir für sehr unwahrscheinlich.

Es gibt bislang weder eine taugliche Vorstellungen, wie die Demo verlaufen wird, noch wie auf verschiedene – durchaus vorstellbare, denn schließlich haben wir ja auch Erfahrungen – Situationen reagiert werden könnte. Nicht einmal die sogenannte Mobilisierung funktioniert, von einigen Ausnahmen abgesehen. So gibt es bis zum jetzigen Zeitpunkt kein Plakat, das »gemeinsame« Flugi bereitet den Meisten Probleme, von den verschiedenen Gruppen gibt es auch kaum ein gutes Flugblatt. Und schließlich braucht man/frau sich nur umzuschau-

WO ERFÄHRT LOTTE TOBISCH ALLES ÜBER DEN OPERNBALL?....



TATblatt-extra: Diskussion OPERNBALL '90

en: Von den vielbeschworenen Inhalten wird gemessen an den ausgelassenen Chancen (dezentrale Aktionen und Kundgebungen, oder allgemeiner: eigene Artikulierungsformen unter selbstbestimmten Bedingungen) reichlich wenig vermittelt.
Wir wollen hier nicht beispielsweise dem *Blockadekonzept* (das ein sehr umfassendes vielfältiges Programm für die Zeit rund um den Opernball beinhaltet hatte; siehe TATblatt-extra-Teil 2 in TATblatt minus 78) nachweinen. Wir finden es nur sehr ätzend, wenn vom sogenannten Plenum zwar mit äußerstem Nachdruck ausführliche Konzepte abgewürgt werden, es aber seither nicht gelungen ist, dem irgendwas entgegenzusetzen.
Wir können es sehr gut verstehen, wenn Leute heute sagen, daß sie, wie die Dinge stehen, nicht zur Demo kommen werden. Auch einige von uns werden nicht mitgehen. Nicht-mitgehen kann aber nicht bedeuten, sich von der eigenen Verantwortung verabschieden zu können. Wie schon gelegentlich erwähnt: Wien hat 23 Bezirke und Österreich ist sogar noch größer; das Böse, der Kapitalismus und Imperialismus hat nicht nur einen Ballsaal, sondern hat auch viele Adressen auf der ganzen Welt. Mit *einer* Widerstandsform (wir meinen hier die Demo) nicht einverstanden zu sein, entschuldigt nicht, *jede* Widerstandsform, auch die, die man/frau selbst am angemessensten findet, nicht anzuwenden.
Es kann auch keine Ausrede sein, nichts zu machen, weil die Inhalte hinter der Randale wieder unterzugehen drohen. Es ist Aufgabe einer jeden einzelnen Person, das zu ändern: durch sinnvolle Freizeitgestaltung vor, während und nach der Opernballnacht. Es gibt keine Gremien, die für euch die Arbeit machen. Es geht nicht darum, am 22. Feber die Autonomen oder FS 2 zu wählen. Sicherlich: Es ist irrsinnig viel schiefgelaufen. Aber es ist unser aller Aufgabe, das in Ordnung zu bringen.

HUNDERT GUTE GRÜNDE

Es gibt hunderte gute Gründe gerade an jenem Tag an jenem Ort seine / ihre Meinung kundzutun. Der Opernball ist nicht einfach ein Fest, es ist ein Ball mit »besonderem Charakter« (laut Lotte Tobisch im Ö3-Leute). An diesem Tag sind diejenigen an einem Ort versammelt, die über unsere Köpfe hinweg unser Leben bestimmen und auf unserem Rücken die Früchte ihrer natur- und menschenverachtenden Politik ernten. Hier finden
*die Wohnungssuchenden die Verantwortlichen für überhöhte Mieten und Ablösewucher
*die UmweltschützerInnen diejenigen Menschen, die am grünen Tisch und im Ballsaal die Verbetonierung des Lebensraums beplaudern
*die BäuerInnen, Bauern und ArbeiterInnen jene, die sich die Profite ihrer Hände Arbeit einstreichen
*die ethnischen Minderheiten jene, die an der Ausrottung ihrer Sprache und Kultur arbeiten
*die SchülerInnen die, die bestimmen, mit welchen Themen sie sich auf welche Art und Weise und unter welchen Bedingungen auseinanderzusetzen haben
*die Frauen jene, die an der Zementierung »ihrer« Rolle und der Vermarktung ihrer Körper verdienen
*die AusländerInnen jene, die sie nach Bedarf die Drecksarbeit machen lassen oder »nach Hause« schicken, egal was sie dort auch erwartet
*die AntimilitaristInnen diejenigen, die die Gesellschaft durchmilitarisieren und jedes Mitglied dieser Gesellschaft zwangsrekrutieren oder sonst wie verplanen
*die Behinderten jene, die sie als geschäftlich unrelevante Minderheit als bemitleidenswerte Anhängsel ihrem Schicksal und rührenden Spendensammlungen überlassen
*die Homosexuellen jene, die die Normen nach ihrem Ebenbild erschaffen und jede Abweichung zu kriminalisieren versuchen
*die gesellschaftlichen Randgruppen die Personen, die ihre Ausgrenzung betreiben.
*usw.

»Schluß mit dem faulen Frieden« heißt, mit dem Mythos der »Insel der Seligen« zu brechen. »Wiener Gemütlichkeit« und damit wohl auch »Zufriedenheit« sollen nicht widerspruchslos über den Äther gesandt werden. Wir müssen unseren Unmut zeigen.
Wenn am jenen Tag Symbole dieser Politik angegriffen werden, dann geschieht dies nicht nur als Folge politischer Überlegungen, es ist Ausdruck des Widerstandes gegen Unterdrückung und Ausbeutung und des Wunsches nach radikaler (= an die Wurzeln gehender; Anm d Tippers) Veränderung der Gesellschaft. Es ist ein Zeichen der Unzufriedenheit, dem die Machthabenden an diesem Abend nichts anderes entgegenzusetzen haben als eine militärische Konfrontation (durch die Hüter der »inneren Ordnung«, der Polizei).
Der Opernball ist für alle außerparlamentarischen Gruppen die Möglichkeit, aus der Isolation herauszukommen, um das Thema, an dem sie (zT schon jahrelang) arbeiten, in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Ihr Spezialproblem ist Teil eines größeren Systems, das einige wenige so erhalten wollen, wie es ist, und viele andere keine Möglichkeit sehen, einzugreifen. Viele haben durch das Gefühl und Erfahren von Ohnmacht keine Kraft mehr, Widerstand zu leisten. Aktionen zum Opernball bieten die Möglichkeit, die ganze Palette der Probleme, die uns be- bzw auch er-drücken aufzuzeigen, gemeinsame Stärke zu leben und zu erleben.

Aus dem KURIER (Wien) vom 2. Februar 1990:

Polizei beschaffte sich Wasserwerfer-Autos, Anarchos basteln „Mollis"

Vor Opernball-Demo beginnt „Wettrüsten"

Die heimische „Anarcho-Szene" ist derzeit schwer beschäftigt: mit dem Entwerfen konkreter Pläne für Straßenblockaden, dem Drucken zahlreicher Flugblätter, dem Sammeln von polizeiinternen Daten (etwa über die Zahl der einsatzbereiten Beamten), sogenannten Vorbereitungstreffen und Schmieraktionen. Der Opernball naht und mit ihm die fast schon traditionellen Ausschreitungen.

Daß angesichts der „Aufrüstung" in den Kreisen der militanten Krawallmacher auch die Polizei nicht untätig ist, liegt auf der Hand:

Für den 22. Februar wurde eine Urlaubssperre verhängt! Außerdem beschaffte sich die Polizei zwei Löschfahrzeuge [illegible] die kurzerhand für den Demo-Einsatz (als Ersatz für Wasserwerfer) umgerüstet wurden und als Polizeiautos erkennbar gemacht und weiß lackiert werden sollen. (Die Wagen sind bereits mit den neuen, weißen Nummerntafeln versehen, die auf dem Bild schwer zu erkennen sind. Der Fotograf verwendete – wie bei einer Radaranlage – einen Blitz . . .)

Die Opernball-Demo wird ohne Zweifel eine enorme Belastungsprobe für Polizeipräsident Günther Bögl, aber auch für die eingesetzten Beamten sein. Eines ist aber klargestellt worden: Mit dem Eingreifen wird die Polizei nicht so lange warten wie im Vorjahr. „Die Verletzten und die Schäden von damals sind uns noch in böser Erinnerung", weiß man in Staatspolizeikreisen zu berichten.

In der Szene kursieren seit einiger Zeit radikale Zeitschriften (etwa das „TATblatt"). Darin werden Anleitungen zur Herstellung von Molotow-Cocktails gegeben. Mittels Skizzen wird erklärt, wie man diese „Mollis" wirft.

„Wir befürchten, daß es schon vor dem Opernball zu Ausschreitungen kommt", argwöhnt die Stapo.

Im „TATblatt" wird erklärt, wie man Straßen mit Ketten absperrt und Autofahrer auf die drohende Gefahr durch das Werfen von Brandsätzen „aufmerksam macht"!

PETER GROLIG ■

Bild: Borsalino

Die „Wasserwerfer" der Polizei: Die neuen weißen Nummerntafeln verschluckt der (Radar-)Blitz

Offener Brief, oder so

Friedensbewegung, Sozialbewegung,... allesamt gescheiterte Versuche, Bewegungen "von oben" zu installieren. "Von oben" heißt: VertreterInnen angeblich relevanter politischer Gruppen setzen sich im Hinterzimmer zusammen, planen eine Demonstration, feilen an einem Aufruf, und lassen schließlich alles von einem kunstvoll einberufenem "Plenum" absegnen.
Eine Form Politik zu machen. Vor allem eine, die bis jetzt stets gescheitert ist!
26.2.1987: Ein paar Umweltschutzgruppen treffen sich vor der Oper, um gegen Franz Joseph Strauß zu demonstrieren. Die Polizei nutzt die Gelegenheit, uns "den Arsch aufzureissen"(O-Ton Zander).
11.2.1988: Ein Versuch, eine "gemeinsame" Demonstration nach Muster siehe oben durchzuführen, scheitert. Zum einen sind Differenzen zwischen parteipolitisch organisierten und unabhängigen Gruppen nicht mehr ignorierbar (vor allem, weil die unabhängigen Gruppen nicht mehr die "Vorgaben" der "relevanten" so einfach widerspruchslos akzeptieren können und wollen). Zum anderen aber deshalb, weil sich viele außerhalb des traditionellen linken Ghettos stehende Menschen, vor allem Jugendliche, an der Demonstration beteiligten und diese sich einen Schmarrn um die Vorstellungen der Politfunktionäre kümmern.
Am 2.2.1989 zeigt sich dann, daß es ihnen nicht um "neue", vielleicht "demokratischer" agierende DemonstrationsorganisatorInnen geht. Die Demonstration, die von autonomen Gruppen allein organisiert wurde, war geprägt vom politischen Selbstverständnis und der Aggression dieser jungen Menschen. "Sie" hatten die Antiopernballdemonstration tatsächlich zu der ihren gemacht.
Alle Gruppen des linken Ghettos standen und stehen dieser neuen Situation ratlos gegenüber.
Die traditionalistischen Linksgruppen von Grünen bis KP (samt Tarnorganisationen) retteten sich aus der Verantwortung/ Auseinandersetzung mit Diffamierung und Distanzierung. Allzusehr schlägt sich das Bild der Straßenschlacht in der Kärntnerstraße mit der Vorstellung von der langsamen Bekehrung des Kapitalismus."Kapitalistische Nebenwidersprüche" wie die Existenz der "Kinder vom Karlsplatz", der Obdachlosen oder arbeitsloser Jugendlicher werden zwar gern zur Begründung von Rücktrittsforderungen aus der Trickkiste geholt. Eine eigenständige Artikulation der Betroffenen ist jedoch nicht vorgesehen; Schon gar nicht, wenn sie "SO" aussieht.

Doch auch die autonomen Gruppen (denen sich die meißten von uns zugehörig fühlen) haben die Lehren vom 2.2.1989 nur auf dem Papier gezogen, haben sich vor den Konsequenzen gedrückt. Nur in geringen Ansätzen gelang es, das eigene Ghetto zu durchbrechen und mit den von Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit oder Arbeitshetze Betroffenen tatsächlich in Berührung zu kommen.
Eine wesentlicher Grund dafür liegt unseres Erachtens in den festgefahrenen, durchaus als hierarchisch und patriarchal zu bezeichnenden Verhältnisse und Strukturen in der "Szene". Trotz sich stetig ändernder politischer und sozialer Bedingungen haben sich unsere Konfliktlösungsmodelle und Argumentationsmuster seit Jahren nicht verändert.
"Den Autonomen" gemeinsam ist das Ziel, das Bestehende auf revolutionärem Weg zu überwinden; das Bemühen, radikalste Opposition zu Patriarchat, Faschismus und kapital zu sein. Doch die autonome Szene ist keine homogene; und das spiegelt sich auf den verschiedenen Plenas wieder. Innerhalb der Autonomen gibt es unterschiedliche Gruppen und politische Ansätze, die oft zu Widersprüchen führen und nicht von einem einzigen Plenum vertreten werden können.
Wir beschreiben diesen Zustand nicht, weil wir traditionalistischen Linksgruppen Argumente gegen die Autonomen und gegen die Opernballdemonstration liefern wollen, sondern weil wir zum Schluß gekommen sind, daß diese Zustände benannt werden müssen, um verändert werden zu können. Es ist unser Anliegen, diese Strukturen, die bei KP, Grünen und anderen Linksgruppierungen zu Stalinismus, Bürokratismus und Reformismus geführt haben, unter uns zu benennen, diskutieren und verhindern.

Der letzte Donnerstag im Fasching rückt näher.
Die "relevanten" Gruppierungen trauern noch immer sozial- und friedensbewegungsbewährten Organisationsmustern nach (einzige Veränderung: die Autonomen sollten vielleicht in den Reigen der "relevanten" aufgenommen werden). Die verschiedenen unabhängigen, linken Aktionsgruppen haben sich aus der Vorbereitung abgeseilt. Solange sie sich nicht anderwärtig äußern, die Gründe ihrer Abwesenheit benennen (bzw. ihre Kritik an Form und Struktur der Vorbereitung), unterstellen wir ihnen moralisches Bauchweh in der kleinen Zehe: Was bedeutet Engagement gegen den Opernball für die "eigene", punktuelle politische Arbeit? Werden die Möglichkeiten der Vermittlung "eigener" Inhalte durch klare Stellungnahme zur Antiopernballdemonstrationtration verschlechtert?
Diese Fragen nicht zu beantworten (sich klammheimlich abzuseilen) ist die einfachste Antwort.

Der letzte Donnerstag im Fasching ist jener Tag, an dem die gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr bloß als Probleme und Problemchen sozial und politisch voneinander isolierter Individuen auftreten. An diesem Abend gibt es keine StellvertreterInnenpolitik mehr. Der Mythos der "Insel der Seligen" wird an einem Ort aufgebrochen, an dem seine Verlogenheit nicht mehr zu übersehen ist.
Und wenn auch viele Linke Probleme damit haben:
Der Opernball ist Ansatz, über den wir aus unseren Ghettos herauskommen können. Eine konkrete Möglichkeit, anderen Menschen nicht nur mit Begriffen, sondern auch mit Praxis zu begegnen.

Die Bedeutung des Opernballs als offensichtliche Bruchstelle gesellschaftlicher Realität ist inzwischen auch der extremen Rechten nicht verborgen geblieben. "Einfache Bürger werden den Zugang zur Oper schützen"(Steinhauser in der "Presse" gegen den Terror des roten Gesindels und der Anarchos. Der ideologischen Rekonstruierung der rechten (zB. Irving-Tournee,...) folgt jetzt ihr erstes Auftreten als offensive "Bürgerwehr". Hier zuzusehen, wie die bürgerlichen Medien aus schlagenden Burschenschaftern und bekannten Rechtsextremisten "erregte Bürger" machen, hiesse, linken Antifaschismus zur Phrase verkommen zu lassen.
Der Opernball stellt alle Linke vor klare Fragen:
Wie halten wir's denn mit dem bürgerlichen Staat? Sind uns "alternative Nischen" wichtiger als die Konfrontation mit den Ergebnissen des "real existierenden Kapitalismus"? Sind wir bereit, uns den sich formierenden Faschisten mit allen Mitteln entgegenzustellen?

Solidarische Lippenbekenntnisse sind zuwenig, deshalb:

22.2., 19 Uhr Schwarzenbergplatz

Friede den Hütten, den Palästen!

Stadtteilgruppe Margareten, TATblatt

»MUCH«-Cartoon aus der Alternative (Zeitung der GE)

TATblatt-extra: Diskussion OPERNBALL '90

Rechtshilfe: 588 01 5895

Kommt in Gruppen, bleibt zusammen und geht gemeinsam nach der Demo wieder weg, macht euch einen Treffpunkt/Telefonnummer für nach der Demo aus, falls ihr euch trotzdem verliert. Bildet Ketten, am Besten mit Menschen, die ihr gut kennt, schließt auf, laßt keine Lücken entstehen, macht keine Alleingänge, nehmt keine Abkürzungen.
Zu Hause lassen: Adreß-, Notizbücher, Schlüssel etc, nur Ausweis (AusländerInnen: keinen Reisepaß!) und Kleingeld zum Telefonieren mitnehmen.
Vermummung zum Schutz vor lästigen Fotografen! Bei Videokameras: Vorsicht: Richtmikrofon! Wenn ihr lange Haare habt, bindet sie zusammen und steckt sie unter die Jacke.
RECHTSHILFENUMMER 588 01 5895 aufschreiben, bei Festnahme oder Verletzungen Meldung an die MegafonträgerInnen oder Sanis und Rechtshilfe machen, nach der Demo sofort Gedächtnisprotokolle von Festnahmen etc anfertigen und an die Rechtshilfe weiterleiten.
Wichtig ist, daß der Infofluß in der Demo funktioniert, andererseits, daß keine Gerüchte entstehen.
Angst ist die völlig berechtigte und normale menschliche Reaktion, laßt euch davon nicht unterkriegen: Verhindert bei Angriffen auf die Demo das Entstehen einer Panik, lauft nicht auseinander, bleibt gelassen. Fliehende sind ein beliebtes Ziel.
Wenn Leute rausgegriffen werden sollen: nie vom Geschehen weglaufen, sondern hin. Wenn Lücken entstehen, zB bei Angriffen, immer von hinten nach vorne aufrücken, nicht umgekehrt.
Bei schnellem entschlossenem gemeinsamen Vorgehen gelingt es immer wieder, Festnahmen zu verhindern, Leute zu befreien, rauszureissen und in die Mitte der Demo zu retten.
Kein Alkohol vor und auf der Demo!
Festgenommene/Verletzte nach Namen, Meldeadresse, Geburtsdatum fragen und an Rechtshilfe weiterleiten. Bei eigener Festnahme lautstark auf sich aufmerksam machen und den Namen schreien.

Aussage verweigern! Nichts unterschreiben! Erkennungsdienstliche Behandlung verweigern! Telefonat mit Rechtshilfe verlangen!
Verletzte: laßt Verletzte nie allein (Schock!). Bildet Kreise um sie, bringt sie aus der Gefahrenzone, bei Abtransport durch die Rettung verlangen, daß eine Vertrauensperson mitfährt. Unterstützt und schützt die Sanis!

AUSSAGEVERWEIGERUNG:
Wenn du anfängst zu reden, und sei es noch so »belangloses Zeug«, dann wissen sie, daß du redest, und haken nach. Du bist in einer Ausnahmesituation, kannst nicht so gut kontrollieren, was du rausläßt, merkst gar nicht in was du dich verstrickst. Jedes Info kann Teil einer Anklagekonstruktion werden, oder es wird einfach Baustein in den Akten, die sie seit Jahren gegen jede Opposition anlegen. Auch die Haltung »Ich hab nichts getan, mir kann nichts passieren, also kann ich ruhig aussagen« geht an der Realität vorbei. Vergiß die Krimis, in denen der gute Polizist den Unschuldigen freundlich freiläßt. Sie versuchen uns alles anzuhängen, was sie können, und das hat mit der Realität meist eher wenig zu tun.
Das Verhör kann belanglos beginnen, mit Fragen nach deinen Eltern, der Schule oder bei der Arbeit. Schon bist du mitten drin im Geplauder, plötzlich werden die Fragen ernsthafter und du weißt nicht, wie du das ganze Ding jetzt noch stoppen sollst. Oder es beginnt mit Bemerkungen über deine politische Einstellung, das kann freundlich-verständnisvoll sein oder auch provokant-beleidigend. In beiden Fällen gilt, daß du nicht beweisen mußt, daß du gescheiter als sie bist, hier ist nicht der richtige Ort um zu agitieren. Es kann auch sein, daß sie sich abwechseln, zuerst macht dich der »Böse« zur Sau, dann tröstet dich der »Gute« in der Hoffnung, daß du dich bei ihm ausweinst. Vergiß nicht, hier passiert nichts zufällig, sie wollen dich zum Reden bringen, und darauf sind sie auch geschult. Reagiere nicht auf Versprechungen wie »wenn du redest kommst du da raus, wenn nicht sitzt du (Wochen, Monate, Jahre, ewig)« oder Drohungen wie »wir wissen eh schon alles, deine Freunde haben gestanden« (egal ob das stimmt oder nicht).
Auch bei einer möglichen Überstellung in U-Haft gilt: gar nix sagen, bevor der Kontakt zur Außenwelt hergestellt ist, du deineN AnwältIn gesprochen hast, klar ist, was im Akt steht. Gemeinsames Überlegen ist wichtiger, als daß du schneller rauskommst. Eine Aussage, um im Moment schneller rauszukommen, kann unter Umständen bedeuten, daß du später Monate im Häfen sitzt.
Am Besten, du sagst gar nichts, das ist das beste für dich und alle anderen Betroffenen und läßt sich auch am Leichtesten durchhalten. Auch bei Prügel gilt: am Besten den Mund halten. Wenn du redest, werden sie sich bemühen, immer mehr aus dir rauszuprügeln.

ERFAHRUNG VON DER LETZTEN ANTI-OPERNBALL-DEMO

war, daß die Bullen während der Auseinandersetzungen weniger darauf aus waren, Leute zu verhaften, als möglichst viele zu ver-

letzen.
Dafür wurden massigst Foto- und Filmmaterial angefertigt und ausgewertet. Wochen nach der Demo wurden Leute, die aufgrund dieses Materials identifiziert wurden, zur StaPo vorgeladen. Solchen ladungen am Besten nicht Folge leisten, sondern zuerst die Rechtshilfe kontaktieren (übers Rotstilzchen, Wien 5, Margaretenstraße 99), in jedem Fall gilt auch bei der StaPo: keine Aussage, nichts unterschreiben. So wars leider im vorigen Jahr nicht.
Teilweise haben Leute mit den Bullen gequatscht, sich dabei zum Teil selbst belastet bzw neue Namen ins Spiel gebracht. Der »Erfolg« dieses Verhaltens war, daß alle diese Personen (als Angeklagte oder ZeugInnen) vor Gericht geladen wurden.
Wir haben den Verlauf der Prozesse im Vorjahr verfolgt. Dabei hat sich herausgestellt, daß diejenigen, die Aussagen zu sich selbst und zur Demo gemacht haben, verurteilt wurden.
Personen, die während der Demo festgenommen worden waren und konsequent die Aussage verweigert hatten, wurden mangels an Beweisen freigesprochen (wir wissen natürlich, daß AUssageverweigerung nicht in jedem Fall Freisprüche, aber auch, daß Aussagen sehr wohl in jedem Fall Verurteilungen nach sich ziehen).

Was macht die Rechtshilfe? Wir werden während und nach der Demo unter der Rechtshilfetelefonnummer erreichbar sein, um Meldungen über Festnahmen, Verletzungen etc entgegenzunehmen. Wir sammeln Gedächtnisprotokolle, um bei eventuellen Verhandlungen Entlastungsmaterial zur Verfügung stellen zu können.
Wir werden in der Woche nach dem Opernball jeden Tag (bis Fr 2.3.) von 15 bis 18 Uhr unter der Telefonnummer 588 01 5895 erreichbar sein (Bitte denkt daran: die angegebene Telefonnummer wird unter Garantie abgehört! Also nicht einfach so drauflosquatschen!; Anm, TATblatt). Danach könnt ihr uns über das Rotstilzchen (Wien 5, Margaretenstraße 99, Mo bis Fr ab 20 Uhr geöffnet) erreichen.
Die Rechtshilfe kann nur funktionieren, wenn ihr uns informiert, uns Gedächtnisprotokolle zukommen laßt, wir zusammenarbeiten.

SanitäterInnen-Gruppe

da im falle von verletzungen bei demos die versorgung durch das öffentliche rettungswesen ungenügend ist, gibt es eines autonome sanitäterInnen-gruppe. und die ist dazu da, erste hilfe zu leisten und, wenn notwendig, für einen adäquaten abtransport ins krankenhaus oder zu unserem arzt zu sorgen.
dazu einige infos:

BEI VERLETZUNGEN AUF DER DEMO
lasst verletzte nie allein liegen oder irgendwo herumstehen. wendet euch an die (gekennzeichneten) demosanis, die haben erste-hilfe-material mit und kümmern sich um weitere versorgung. schirmt verletzte gegen den tumult/ die kiwara ab, gegebenfalls helft mit, sie aus dem gewühl rauszubringen. sollte ein abtransport nötig sein, schaut, dass ihr bekannte des/der verletzten zum mitfahren findet. versucht rauszukriegen, wo die leute hingebracht werden. macht platz für den abtransport.

RUFT BEIM SANI-TELEFON AN .
Die Nummer wird noch rechtzeitig bekannt gegeben

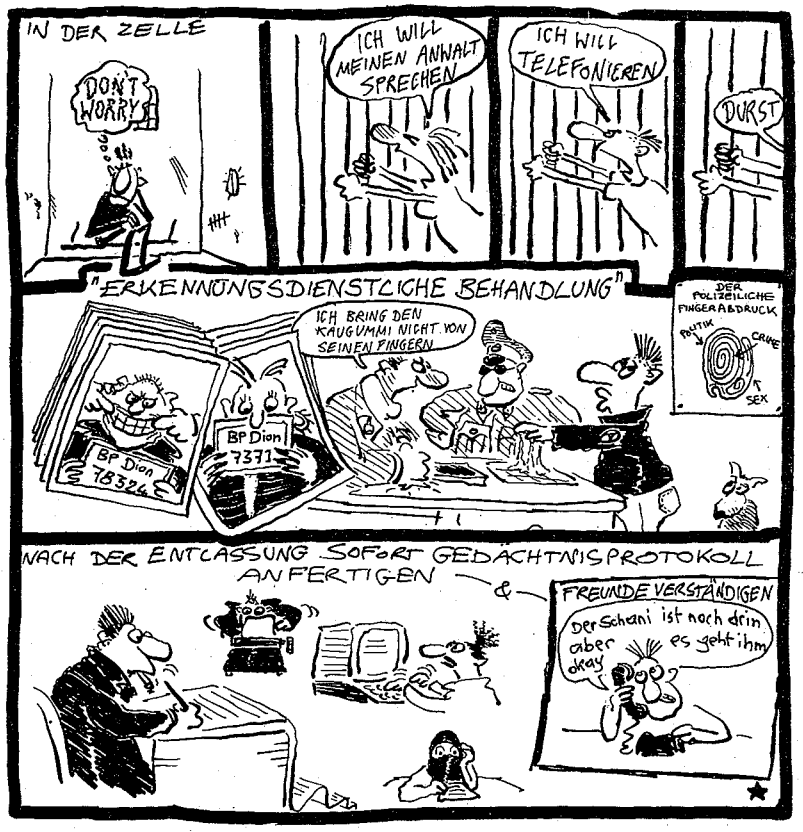
sagt, was passiert ist, nennt aber keine namen und erzählt nix belastendes für den/die betroffeneN oder sonstwen. wir sagen euch dann was ihr für möglichkeiten habt und stehen euch mit rat und tat zur seite. und alles was wir wissen, kommt anderen wieder zugute.
Wir versuchen, das Telefon auch die folgenden Tage besetzt zu halten.

WENN IHR DANN IN DER RETTUNG SITZT
schaut, dass ihr begleitet werdet/ begleitet verletzte. in der rettung müsst ihr keinen ausweis herzeigen, praxis ist, namen und versicherungsnummer anzugeben (die ist zusammengesetzt aus 4 irgendwelchen zahlen und dann dem geburtsdatum z.b.7429 180470) erzählt den rettungssanitätern nur eure verletzungen, was euch weh tut,... nix weiteres, vor allem nicht, wenn es jemanden belasten könnt, sicher is sicher.

IM KRANKENHAUS
wenn ihr dort nicht so sorgend nett wie in der schwarzwaldklinik empfangen werdet, lasst euch davon nicht fertigmachen. dass das gesundheitswesen im oasch ist, wissen wir. und dass man/frau von ärzten und pflegepersonal rassistisch, sexistisch,... angemacht wird ist auch kein geheimnis. gerade eingelieferte demonstrantInnen sind beliebtes ziel für scheissmeldungen. das muss natürlich nicht so sein, aber falls doch: wappnet euch. weist sie auf die ausführung ihrer beruflichen tätigkeit hin und scheut euch nicht, die auch kräftig anzuschnauzen, wenn euch danach ist. ihr werdet sicher nicht netter behandelt, wenn ihr "brav" seid – weil wenn wer vorurteile hat, hatta die schon länger und nicht wegen euch persönlich. verlangt auf alle fälle einen befund über euren zustand. es gibt die möglichkeit auf "revers" nach hause zu gehen. d.h. ihr übernehmt die verantwortung – der arzt haftet nicht. solltet ihr stationär, d.h. im spital liegen bleiben, so lasst uns das wissen, wir kommen euch dann besuchen, besprechen mit euch eure situation und tschecken herum was notwendig ist.

KIWAREI IM KRANKENHAUS
es kann auch sein, dass die kiwara im spital auftauchen und euch ganz unbürokratisch, im plauderton oder auf gschissn ausfratschln wollen. die versuchen nur euren angeschlagenen zustand auszunutzen um von euch was rauszukriegen, was euch oder anderen schadet (das ist ihr beruf). es liegt im ermessen des arztes, ob er das zulässt oder nicht. ob er sorgend dabei ist, euch mit denen alleine lässt oder denen sogar hilft. auch wenn sie mit dem "zeugenschmäh" kommen: sagt, dass ihr in ruhe gelassen werden wollt, dass es euch schlecht geht, dass ihr schmerzen habt und dass ihr damit genug zu tun habt. alles was ihr sagt, kann gegen euch verwendet werden. auch wenn sie kein protokoll aufnehmen, findet sich das dann im akt wieder. bis jetzt sind uns noch keine fälle bekannt, wo leute aus dem krankenhaus heraus verhaftet worden sind.

RUFT AUF ALLE FÄLLE BEIM SANI-TELEFON AN
oder lasst das eure begleiterIn machen. erzählt wies euch ergeht. wenns scheisse ist, die bullen da sind,... intervenieren wir und die rechtshilfe. wenns o.k. ist, sind das gute nachrichten und die sind auch wichtig. und ganz,ganz wichtig ist, dass sich zeugen und zeuginnen melden!
Wir hoffen, daß wir nix zu tun kriegen und wünschen eine nette Demo.



TATblatt-extra: Diskussion **OPERNBALL '90**

Provokatorische Schmierenkomödie Stelzhammer – Neugeborn im "Inlandsreport"

(???)
Nicht nur der staatliche Machtapparat bereitet sich auf die Unterdrückung der Anti-Opernball-Proteste vor, auch die Öffentlichkeit wird bereits auf vollen Touren entsprechend bearbeitet. Von "Live"-Berichten im "Standard" über Demovorbesprechungen bis zur "Kronenzeitung"-Hetze, daß bitteschön alle "eingelocht" werden sollten.
Der "Inlandsreport" vom 8.Februar 1990 wartete diesbezüglich mit einem besonderen Stückerl auf: "Streitgespräch" zwischen Stelzhammer (Politaktivist, derzeit: *Zusammen*, vor zwei Jahren Mitglied des AnmeldeRInnen-Personenkomitees zur Anti-Opernballdemo; Anm,tb) und (Sicherheitswache-Oberstleutnant und berüchtigter Demoeinsatzleiter; Anm.) Neugeborn!
Dies kann nur als üble Show bezeichnet werden und hat eine eindeutige Funktion: Die "Rädelsführer"-Hetze sollte damit plausibel gemacht werden.
Stelzhammer ließ sich – in schwarzer Lederjacke, versteht sich – widerspruchslos als oberster "Rädelsführer" in Wien präsentieren. Er widersprach nicht einmal der Lüge, daß es bei den Opernball-Protesten letztes Jahr oder davor "Ausgabestellen für Molotow-Cocktails" gegeben habe.
Das ganze ist natürlich nicht nur ein schlechter Scherz, weil Stelzhammer zu den übelsten Abwieglern von Massenprotesten gehört. Stelzhammer hat ja auch im Übung im konstruktiven Umgang mit der Polizei. Z.B. hat er auch schon einen Artikel für die Polizei-Zeitung "Exekutive" geschrieben und darin Tips für den Umgang mit Militanten gegeben (das ist ein Blödsinn. Für die *Exekutive* hat er nicht geschrieben, sondern für *»die Bundespolizei«*, da ist schon noch ein Unterschied!; Anm). Diese Rolle von Stelzhammer ist selbstverständlich den verantwortlichen Herrn von der Gegenseite bestens bekannt (es kann allerdings durchaus sein, daß Stelzhammer nach den Sendeaufnahmen KEIN Bier mit Neugeborn getrunken hat). Aber es geht gar nicht um Stelzhammer, auch nicht um Sticht und Jan, die sich auch vorführen ließen, sondern um die Kriminalisierung der Anti-Opernball-Proteste überhaupt.
Diese Proteste kommen niemals zustande, weil "Einpeitscher" am Werk sind, sondern sind Ausdruck der Verhältnisse. Das wissen auch die Herrschenden. Sie wissen aber auch, daß längerfristig die Wirksamkeit, die Kontinuität und die Entwicklungsrichtung von Widerstand sehr wohl davon abhängt, wie es den fortschrittlichen Kräften gelingt, sich zu organisieren. Menschen, die sich organisieren, aktiv werden, übernehmen unweigerlich eine Art "Führungsrolle". Schon immer und überall war es deshalb so, daß die Reaktion alles tat, um aktive fortschrittliche Leute zu kriminalisieren, einzusperren und auszuschalten, bis hin zur physischen Vernichtung.
Stelzhammer hat sich eindeutig als Erfüllungsgehilfe bei dieser schmutzigen Arbeit betätigt. Er mußte wissen, was er tat und er weiß es auch. Es ist wirklich höchste Zeit, daß zwischen wirklich fortschrittlichen Leuten und solchen – gelinde gesagt – Spielbällen in den Händen des Staates ein dicker Trennungsstrich gezogen wird, daß Stelzhammer und seinesgleichen rausfliegen, wo sie nur auftauchen. "Freiheit der Versammlung" bedeutet eben auch das Recht, sich solche Typen tunlichst vom Hals zu halten, um nicht noch größeren Schaden zu nehmen.
Übrigens ist es hochinteressant, sich Materialien aus den Archiven der Staatspolizei der Habsburgermonarchie anzusehen, was auch in diversen Publikationen nachgelesen werden kann. Daraus wird ersichtlich, mit welcher Perfektion diese Versammlungen der Arbeiterbewegung nicht nur ausspionierte, sondern auch aktiv beeinflußte, daß es ganz direkte Anweisungen gab, welcher gekaufte Redner wann aufzutreten habe, um die Entwicklung in die gewünschte Richtung zu lenken. Der Unterschied ist nur, daß die Herrschenden mittlerweile über unvergleichlich mehr Herrschaftserfahrungen verfügen und ihnen heute noch ganz andere Mittel zur Verfügung stehen.
Unser Tip: Daraus lernen, sich nicht einschüchtern lassen und am 22.2.90 massenhaft fragen: "Wo geht's hier zur Oper?"
Einige ZuseherInnen des "Inlandsreports"

Brief an Bürgerforum in Brünn und Prag

Der folgende Brief wurde namens der GE (Gewerkschaftliche Einheit / Alternative GewerkschafterInnen an die Bürgerforen Brünn und Prag, die Vereinigung gegen Gewalt Bratislava, an Frantisek Kohoutek, Staatspräsident Vaclav Havel und Parlamentspräsident Alexander Dubcek geschickt:

alternative *dokument*

An das
BURGERFORUM PRAG

OF Praha
Jungmannova 9

110 00 PRAHA

Wien, im Jänner 1990

Geschätzte Freunde der demokratischen Revolution!

Aus Sorge, daß Repräsentanten Eures neuen demokratischen Staates einer möglichen Einladung zur Teilnahme an einem zweifelhaften Fest - dem Opernball in Wien - folgen, haben wir nachstehenden Brief an Staatspräsident Vaclav HAVEL und Parlamentspräsident Alexander DUBČEK geschrieben:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Seit vielen Jahren findet in Wien der Opernball statt. Fast kein anderes Ereignis hat so widersprüchliche Bedeutung in der österreichischen Öffentlichkeit und Gesellschaft erlangt wie dieses. Einerseits ist es für die reichen und mächtigen, oberen Zehntausend einer der Höhepunkte ihres gesellschaftlichen Treibens - anderseits wurde es, besonders seit ein paar Jahren, für tausende Österreicherinnen und Österreicher zu einem provokanten Symbol der Verachtung der sozial Schwachen, der Armen und der Obdachlosen. Seit den letzten drei Opernbällen hat diese Veranstaltung einen weiteren Charakter, nämlich den eines Polizei-Prügel-Festes.

Gerade weil wir von vielen Aktivisten und Aktivistinnen Ihrer Revolution erfahren haben, wie mächtig Ihre und die Empörung der ganzen Bevölkerung über das brutale Vorgehen der Prager Polizei und der Volksmilizen am 17. November 1989 war und wie hoch die Sensibilität Ihres Volkes gegenüber Polizeigewalt heute ist, halten wir es für wichtig, Sie über den Charakter dieses Opernballs zu informieren.

Mit demokratischen Grüßen

Gewerkschaftliche Einheit
Alternative Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

Dieser Brief ging an die Bürgerforen Brünn und Prag, die Vereinigung gegen Gewalt Bratislava, an František Kohoutek und natürlich an die angesprochenen Havel und Dubček.

TATblatt-extra: Diskussion **OPERNBALL '90**

40. Opernball, 10. Opernball unter der Leitung von Lotte Tobisch...

Der Juniäumsball

(TATblatt Wien, Österreichischer Bundestheaterverband - Opernballbüro, Superiora Media Verlagsgesellschaft (Casino Express), Casino Austria, Parfums Fendi)
"Wir würden uns sehr freuen, Sie bei diesem Pressegespräch begrüßen zu dürfen". Natürlich in Anzug und Krawatte, schließlich findets ja im Sacher statt, machen wir uns auf den Weg. Viel hat (außer der Fresserei – und selbst da waren wir nicht schnell genug) nicht rausgeschaut, aber einige Details am Rande wollen wir Euch nicht vorenthalten, was immer Ihr mit den Informationen anfangen wollt.
Hinter der Organisation (bzw. der Organisatorin Lotte Tobisch - siehe Bild) stehen namhafte Sponsoren. Nur einige davon: Der wichtigste dürften die Casino Austria sein. "Die Ballspende kommt heuer aus dem Hause FENDI." Da wird Eau de Toilette und After Shave verteilt. Aus der Fendi-Werbebroschüre: "Das Fendi-Imperium beruht vor allem auf traumhaften Pelzen...". 20 000 Nelken stammen von den österreichischen Erwerbsgärtnern und Floristen, der Grünschmuck von den Bundesgärten. Daneben beteiligen sich noch Kaffee-Konditorei HAAG, Fa. Lischka, die österreichischen Tanzschulen,...

Ganz besonders gebeten hat Frau Tobisch die anwesenden JournalistInnen, die Termine für die Generalprobe und die Führungen (20.–) zu veröffentlichen. Wir kommen dieser Bitte in der Terminaufstellung in dieser Nummer natürlich gerne nach. Wenn ihr die Oper von innen sehen wollt, so sind die Generalprobe wie auch die Führungen nicht die einzige Gelegenheit: "Wegen der großen Publikumsnachfrage hat das Opernballbüro heuer dafür Sorge getragen, daß nach Möglichkeit ca. 300 Eintrittskarten für den Opernball 1990 ab 12.Februar in den freien Verkauf gelangen.
(Kassazeiten bei Terminplan.)
Am 22. 2. dürfte es dafür eher schon spät sein; da wird es sich als schwierig erweisen, überhaupt zur Oper vorzudringen.
(Das hat übrigens auch der Casinoexpress erfahren, als er das letzte Mal pünklich um Mitternacht mit der druckfrischen Ausgabe mit den ersten Fotos vom Opernball in der Demonstration steckenblieb. (Sowas soll vorkommen.))

Wer heuer zum Opernball kommt, wollten sie uns nicht sagen. Außer den eh bekannten Tatsachen, wie Caroline und Kurt, etc. Der ganze Ball steht natürlich unter dem Ehrenschutz seiner Präsidentschaft. Der ORF berichtet wie immer live insgesamt eineinhalb Stunden, 40 Minuten davon von der Eröffnung ab 22 Uhr. Irgendwann singt ein Kammersänger "Freunde das Leben ist lebenswert" und auch "Mein Lebenslauf ist Lieb und Lust" wird intoniert,... Hofgeschwätz, und ob das Schokoladeklavier, das wir verzehrt haben, nur zur Dekoration gedacht war, werden wir wohl nie herausfinden.

PPS: siehe Terminplan !!!

Ehrenschutz

(TATblatt-Wien)
»Den Ehrenschutz über die diesjährige Opernballdemonstration übernehmen Elfriede Gerstl, Alfred Hrdlicka, Elfriede Jelinek, Michael Scharang, Peter Turini, Werner Vogt«. Das beschlossen die genannten KünstlerInnen / AutorInnen / ChirurgInnen (ähh) Anfang Februar. Von einer als Ergänzung zu dieser Erklärung gedachten Begründung wurde allerdings abgesehen. Sie beschränkten sich auf Anfrage auf ein schlichtes »Warum nicht?«. Auf alle Fälle: Der Opernball wird sicherlich auch heuer wieder zu einem kulturellen Ereignis ersten Ranges.

Schluß mit dem faulen Frieden!

Die Ausstellung jetzt auch mobil

(TATblatt-Wien)
Die Ausstellung über Widerstandsformen, die anläßlich des bevorstehenden Opernballs dieser Tag durch Österreich tourt, gibt es jetzt auch mobil.
Die Polizei hat ganz schön geschaut, als bei einer ordnungsgemäß angemeldeten Kundgebung (die sich bis dahin mehr oder weniger auf einen Info-Tisch beschränkt hat), der in der Anmeldung irgendwo erwähnte »Bus« aufgetaucht ist. Kam da doch anstelle eines erwarteten VW(oder ähnlichem)-Bus ein riesiger alter ausrangierter ÖBB-Linienbus daher. Die Beamten waren so perplex, daß sie den Bus zum Stehenbleiben aufforderten, ohne zu berücksichtigen, daß dies gerade zu jenem Zeitpunkt, wo der Bus infolge Abbiegeabsichten gerade quer über die Straße gestanden ist, einen umfangreichen Stau auslösen mußte.
Mittlerweile hat sich die Polizei an den Bus gewöhnt. Und jener fotografierfreudige Mann aus dem roten VW-Golf mit der Nummer W 275.447 ist dem Bus sogar extra durch die halbe Stadt gefolgt, um ihn schließlich in geheimdienstlicher Unauffälligkeit zu fotografieren.
Den Bus samt Ausstellungen kann man / frau noch am Samstag, 17.2. Nachmittags am Wiener Flohmarkt besuchen.

TATblatt-extra: Diskussion **OPERNBALL '90**

RANDALE ?

(Brief des 4.Plenums gegen den Opernball; Graz)

Im Gegensatz zu den letzten Plena ging's diesmal hauptsächlich um Koordination: Die Ausstellung "Schluß mit dem faulen Frieden" wurde für 12.2.-15.2.1990 fixiert. Dazu gibts im Rahmenprogramm am 13.2. um 19 Uhr eine Volxküche und anschließend um 20 Uhr eine Diskussion mit dem Titel "Widerstand: Antiopernball?". Am 14.2. findet dann um 21 Uhr ein Konzert mit der Grazer Gruppe "Fleischpost" statt (wenn ihr das TATblatt lest, ist leider alles schon vorüber).

Bis zur Opernballdemo erscheint wöchentlich eine Wandzeitung, die in diversen Lokalen und Zentren plakatiert werden soll, um Diskussionsbeiträge über antikapitalistischen Widerstand, staatliche Repression und speziell zur Demo zu liefern.

Ein wichtiger Punkt des Plenums war das Verfassen eines Aufrufs zur Demo, der auf Flugblättern in Graz verteilt werden soll. Hier kamen die anstehenden Probleme zu Tage. Trotz der Versprechungen des Wiener Plenums, uns hier in Graz schriftlich (oder wie auch immer) in den Diskussionprozeß zu integrieren, scheinen wir hier wirklich "am Balkan" zu sein. Da es uns trotz Bemühungen nicht einmal möglich ist, "offizielle" Information (Plenumsberichte,...) zu erhalten, können wir uns auch nicht aktiv in die Vorbereitungen einschalten und handeln isoliert.

Aus Gerüchten, Vermutungen,... über den Diskussionsstand in Wien befürchten wir, daß Graz und Wien diesbezüglich stark differieren. Unsere Bemühungen in Graz waren, der Demo schon im vorhinein ein politisch motiviertes Bild zu geben. Wir bestreiten nicht die politischen Aspekte, wir befürchten aber eine zu starke Betonung (Verherrlichung?) der reinen Gewaltaspekte und das Übertünchen der politischen Ansprüche durch "starke Sprüche".

Im Grazer Plenum gibt es keine einheitliche Meinung zur Gewaltfrage (dazu sind noch viele gemeinsame Diskussionen und Erlebnisse notwendig). Trotzdem sind wir mit unreflektierten Legitimationsversuchen von Gewalt nicht einverstanden. Wir können Gewalt, selbst wenn sie sich gegen Staat und Gesellschaft (???;d.SetzerIn) richtet, nicht grundsätzlich als Linksrevolutionär bezeichnen. Deshalb wäre es notwendig, vor der Demo die politische Seite (und auch die Gewaltfrage) aufzuarbeiten (in Flugblättern; Aufrufen und Veranstaltungen). Nicht günstig erscheint es, in Aufrufen (siehe Ausstellungs-Flugi auf der *Ball-Kalender*-Seite im letzten TATblatt) das Einwerfen von Scheiben widerspruchslos zu legitimieren, denn auch FaschistInnen haben schon Schaufenster zertrümmert.

Wir wollen nicht noch einmal erleben, wie Skinheads ohne innere politische Widersprüche an der Demo teilnehmen, oder wie "Vorstadtkids" Krieg spielen. Nach der Demo bliebe uns wieder einmal nichts anderes übrig, als eine politische Rechtfertigung (nicht nur nach außen, sondern auch für uns selbst) zu finden, selbst wenn sie niemals vorhanden war.

Auf Empörung hoffend

ANTIOPERNBALLPLENUM — GRAZ

Unbeschreiblich ang'fressen

(einE grazer AutonomeR)

Als vor einiger Zeit zu den ersten Plena in Sachen Opernball aufgerufen wurde, schienen die Vorbereitungen eine völlig neue Qualität zu haben. Von inhaltlicher Arbeit und Transparenz war die Rede.

Nun möchte ich nicht behaupten, daß beides nicht mehr vorhanden ist, aber unlängst veröffentlichte Flugis vermitteln den Eindruck, daß die Inhalte wieder einmal großkotzigen Sprüchen weichen mußten. "Schluß mit dem faulen Frieden" lautet die absolut zutreffende Parole für die diesjährige Demo aller Demo's. Was nun dieser faule Frieden ist, sich dies zusammenzureimen bleibt LeserIn selbst überlassen.

Einen Stein durch eine Scheibe zu setzen ist ein politisches Argument, haben auch Neonazis bewiesen, die Lokale im Besitz von AusländerInnen heimsuchten etc. Oder geht die Bündnispolitik einiger GenossInnen soweit, sich gegen den Staat auch mit oben zitierten Gruppen/Personen zu "verbünden", solange die Methoden die gleichen sind? Eine Einigung mit "politisch Verwandten" ist ja wieder einmal gescheitert.

Ich möchte niemanden davon abhalten, einen Stein zum polititschen Argument zu machen, das jüngste Flugi ist für mich aber ein Freibrief für jegliche Gewalt, egal woher - politisch - sie kommt.

Und auch die allerorts zitierte Transparenz in den Vorbereitungen und Auseinandersetzungen mußte zugunsten der Paranoia vor staatlicher Bespitzelung und daraus resultierender Repression weichen.

Ich fordere wiederum nicht das absolute Gegenteil des Status quo, aber so bleiben darf's einfach nicht. Daß die Stapo ihre Augen und Ohren überall hat, ist Tatsache. Daß der einzige Umgang mit dieser Tatsache "absolutes Maul halten" ist, find' ich schlichtweg Scheiße!

Denn: Es ändert überhaupt nix daran, daß Angst vor staatlichen Maßnahmen immer größer wird. Für viele Menschen wird es immer unmöglicher an Informationen 'ranzukommen, und unsere Stärke, die Kommunikation, verkommt mehr und mehr zur Selbstzerfleischung. Ohne eine Auseinandersetzung über unseren Umgang mit Repression werden wir "denen" nie etwas wirkungsvolles entgegensetzen können.

Die Verschwiegenheit die in unseren Kreisen HERRscht, erinnert mich an meine Kind-Zeit! Die Eltern durften gewisse Dinge nie erfahren, obwohl ich oft das Gefühl hatte, sie wußten es sowieso, und spielten einfach mit. Politik ist kein Kinderabenteuerspiel! Orientieren wir uns lieber dort an den Kindern, wo wir's brauchen könnten: An ihrer Unvoreingenommenheit, Buntheit, am Lärmen und Lachen, und nicht an den Dingen die sie von uns "Erwachsenen" anerzogen bekommen haben.

Und außerdem: Was nützen die schönsten Ideen, ja was für einen Sinn soll den eine Revolution haben, wenn keineR was mitkriegt? Ich habe keine Lust an der Gestaltung einer neuen Welt mitzuarbeiten, die einfach so viel Scheiße zu wiederholen verspricht! Wer glaubt, nach der Revolution sei noch genug Zeit alles zu ändern (auch bei ihr/sich selbst), die/den fordere ich auf aufzuwachen und zu leben zu beginnen, bevor sie/ihn der Frust endgültig einholt und sie/er sich als letzten Ausweg ins endgültige bürgerliche Leben stürzt.

Dies als Ausdruck von Unzufriedenheit aus der Provinz. Nicht alles was wir hier mitbekommen stößt auf Kritik in unseren Plena, aber uns über diese Dinge zu unterhalten, dazu fehlt es nach wie vor an Zeit/Gelegenheit. Aber: Kritik wird mich nicht daran hindern, am 22.2. in der Demo zu sein! Die Auseinandersetzung geht weiter!

(eineR grazer AutonomeR)

Liebe Freunde !

Zur Opernballdemo mein Vorschlag: Ihr solltet in der nächsten Nummer **die ASVG Pensionisten** (ich bin einer) zur TATkräftigen Teilnahme auffordern, also Treffpunkt und Zeit angeben, zu der sich mißvergnügte graue Pantherchen einfinden könnten. Wäre schön, wenn die pflichtbewußten Hau- und Prügelordnungskräfte sich plötzlich einem Grüpplein alter Leute gegenübersehen; da fangen sie vielleicht eher an, ein bißchen nachzudenken.

Karl Voigt, ein munterer TATer

(Du hast ja mit diesem Brief/Aufruf die PensionistInnen schon aufgefordert an der Anti-Opernballdemo teilzunehmen, Treffpunkt und Zeit für einen eigenen Grau-Pantherchen-Treffpunkt können und wollen **wir** nicht bestimmen. Doch wenn sich etwas ergibt, teil es uns mit, Anmerkung der Tipperin)

TATblatt-extra: Diskussion **OPERNBALL '90**

Auf dem Weg zum Opernball die wichtigsten Hindernisse aus dem Weg räumen

(DdP-Sympathisant/innen, diesmal ohne Label; [???, Anm.])

Das "Plenum" (bzw. die im Plenum zusammengeschlossenen Leute) ist in der Vorbereitung schon ganz schön weitergekommen und wir stehen (besonders inhaltlich) viel besser da, als die letzten Male:

Es gibt ein knalliges und inhaltlich gutes Plakat (auch wenn die Kiwara nicht als Marionetten des Kapitals tanzen), eine ziemlich gute "Plattform" zur Zusammenfassung unserer "Anliegen" und es gibt eine (fast) ausgezeichnete Ausstellung zur Mobilisierung.

Die Abbruchfirma "Silbermaier & Sohn" ist bis jetzt mit ihrem Eiertanz (= sie tanzen herum und gehen uns damit auf die Eier) nicht weitergekommen, obwohl es genügend Versuche gab, die Bewegung zu spalten und zahnlos zu machen:

Zuerst war ein "Fest" weit weg im Stadtpark geplant, um, wie vor zwei Jahren, die Leute von der Oper wegzulocken (schon damals ohne besonderen Erfolg); dann sind sie von der eigenen Basis unter Druck gekommen, die eine "Unterstützung der Anti-Opernball-Bewegung" mittels Resolution auf dem Parteitag erreichte; schließlich rannten ihnen die "Bündnispartner" von ihrem Gegenplenum davon und sie mußten in der "Gewaltfrage" halbherzig zurückstecken, um sich nicht zu stark zu isolieren.

Auch der nächste Versuch, auf unserem Plenum offizielle Aktionseinheitsverhandlungen mit KP, SJ, Grünen und weiß der Teufel wem zu erzwingen und unsere relativ klare "Plattform" madig zu machen und zu durchlöchern, wurde zurückgewiesen.

Gleichzeitig mit diesen üblen Manövern stieg aber auch in der (und im Anhang der) KP-Organisationen die Empörung über die Abbruchspezialisten aus der Führung. Wir müssen den Angefressenen und Verbitterten von der Basis sagen: Verlaßt die Räume aus denen es nach faulem Moder aus Jahrzehnten der reformistischen Degeneration und des bürokratischen Antisozialismus stinkt! Schlagt die Tür zu! Bei uns gibt es Frischluft statt Mief!

Jetzt versuchen es die Berufsreformisten und Anti-Revolutionäre hintenherum mit "Einzelbetreuung" und wollen die Angst schüren, daß wir am 22.2. "allein dastehen".

Von **euch** alleingelassen zu werden ist wirklich eine angenehme "Drohung". Ihr macht nur leider nicht ernst damit und hängt euch wie Kletten dran (und wir müssen dauernd über Sachen diskutieren, von denen eh klar ist, daß ihr eine andere/reformistische Parteilinie habt).

Wir kämpfen nicht allein. Wenn wir uns an das Vorjahr erinnern, muß jede/r zugeben, daß wir die Wut und die Begeisterung der Arbeiterjugendlichen aus der Vorstadt und den "Kids" vom Karlsplatz maßlos **unter**schätzt haben. Unser Problem war, daß wir deshalb Schwierigkeiten hatten, den Kampf der vielen Leute zu koordinieren und zu schützen — ganz zu schweigen von organisieren und anzuleiten.

Die inhaltliche Ausrichtung hat heuer ganz gut geklappt, aber die organisatorische Arbeit steht noch an (Plakatieren, Flugblatt-Agit zur Ausstellung und Demo; Sani, Demoschutz und Rechtshilfe...). Statt Bündnisberatungen im Hinterzimmer brauchen wir jetzt alle Kräfte für die unmittelbare Vorbereitung. Nachdem schon das Bild-Blattl "Standard" (über Redakteure in Szene-Kluft) unser Plenumsprotokoll abgedruckt und auch der Kurier die Werbekampagne begonnen hat, dürfen wir diese PR-Agenturen nicht alleine lassen. Also: Nichts wie hin vor die Berufsschulen, Arbeitsämter, Schulen, Betriebe... mit einem Packen Flugis in der Hand! (An- und Rückmeldung möglichst in der Geheimen Kommandozentrale!) Wenn russische Konterrevolutionäre und österreichische Knüppeldirigenten gemeinsam ihrem Entsetzen Ausdruck verleihen, sind wir wahrscheinlich auf dem richtigen Weg!

Den Flaumachern und schlappen Besserwissern, die gegen eine militante Demo "argumentieren" und auf die anderen 364 Tage verweisen, an denen "zu wenig passiert", müssen wir eine klare Absage erteilen. Natürlich tobt der Klassenkampf nicht 365 Tage durch Österreich; das ist leider so und wir müssen natürlich "unterm Jahr" besser und systematischer arbeiten und kämpfen. Aber der Opernball ist halt in den letzten Jahren — nicht zufällig — zu einem jährlichen Höhepunkt des Klassenkampfes in Österreich geworden. Das ist keine Frage des Kalendertages, kein proklamierter "Kampftag der Arbeiterklasse" wie der 1.Mai (es früher einmal war oder anderswo vielleicht noch ist).

Der Opernball ist, auch wenn wir fast nichts machen, der Tag an dem viele Leute auch unabhängig von uns der Bourgeosie ihren Haß entgegenschleudern wollen. Und **wir** müssen versuchen, die verschiedenen Bewegungen zusammenzufassen und revolutionäre Perspektiven in die Bewegungen hineintragen.

Es gibt genug Aufgaben, denen wir noch ziemlich ratlos gegenüberstehen, wie z.B. der Steyr-Streik, wo die Reformisten und Dampfablasser fast beliebig schalten und walten können. Aber das kann uns nur darin bestärken, unsere Perspektiven deutlicher zu machen und zu verbreiten.

Ein wichtiger Schritt dazu ist, daß wir uns selber größere Klarheit verschaffen, in Auseinandersetzungen und Diskussionen weiterkommen. Wir müssen offen und öffentlich über Perspektiven unseres Kampfes diskutieren, z.B. über das Hamburger Donald-Duck-Papier und die organisatorischen Fragen, über Radikal-brechen und verschieden theoretische und praktische Probleme, über die Einschätzung der Entwicklungen in Osteuropa, China... (und warum die Imperialisten der Perestroika so viel Beifall klatschen) und und und...

Dann zeigt sich auch noch deutlicher, mit welchen Kräften wir zusammenarbeiten können und müssen, und wer unsere Freunde und Feinde sind.

Diskussionsbeitrag zum Thema Opernball-Demonstration

(H.)

Bei dem Spiel, genannt "Opernball-Revival", macht sich Bunker-Mentalität breit. Schon wird mit gezinkten Karten gespielt, Groß-Plenum angekündigt (7.2. Amerlinghaus), andernorts abgehalten. Diese Stimmung "wir gegen den Rest der Welt" läßt keine kritisch-solidarische Diskussion mehr zu.

Ist denn nun schon der Ausnahmezustand proklamiert worden? Gegen wen fürt ihr denn den "Gegen-Krieg"? Gegen alle die, die nicht der Bunkermentalität verfallen sind und gegen die Andersdenkenden, die sich kritisch an der Organisation der DEMO beteiligen wollen. Um sich wie ein Fisch im Wasser zu bewegen, müssen Sympathie, Zusammenarbeit und Hilfestellung der Bevölkerung Bedingung sein, denn sonst ist man nur Bandit, dessen politisches Ziel angeblich das der Bevölkerung wäre.

Wie können wir der Provokation, den gegenseitigen Schlagabtausch, den uns die Polizei aufzwingt, so gering wie möglich halten, um doch noch politische Forderung zu transportieren?

Letzte Meldung: Am 7.2. wurde eine Kundgebung mit LKWs gegen die Opernball-Demonstration von einem Rechtsradikalen angemeldet.

Gemeinsam handeln tut not.

Die Sache mit dem Großplenum war wohl mehr ein Unfall: Dieses Plenum war außer im TATblatt sonst nirgendwo angekündigt. Auch im vorhergehenden Großplenum vom 31.1. konnte es nicht besprochen werden, da sich dieses auflöste, als sich herausgestellt hatte, daß eine ORF-Redakteurin anwesend war — ein Großteil des Plenums sprach sich gegen die Anwesenheit von MedienvertreterInnen aus, es konnte aber keine Einigung erzielt werden. So ist dieser Termin wohl "verloren-gegangen". Bei der Veranstaltung, die wahrscheinlich gemeint ist mit "andernorts abgehalten", handelt es sich wohl um die (ebenfalls angekündigte) Diskussion: "Schutz vor Polizeiübergriffen" im Club International, die zur gleichen Zeit stattfand.

Zu der Meldung von der Gegen-Gegen-Kundgebung: Ist das ganz sicher? Wir haben davon bisher nur aus der "Presse" erfahren.

Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des *MATHIAS N.*

von Eduard Z. und Peter N. (beide Nowak)

Was bisher geschah:

Nach der erfolgreichen Beanschlagung eines – wie Mathias N. und seine GenossInnen es nannten – »Schweinekonzerns« im September des vergangenen Jahres trug die Polizei ein schweres Los: Mathias N. und seine GenossInnen hatten keinerlei auswertbare Spuren hinterlassen. Nun allerdings bekamen auch die Behörden ihre große Chance: Ein nichtsahnend um eine Ecke biegender Sicherheitswachebeamter fand sich unversehens flüchtender Vermummter gegenüber, die eben unter Zuhilfenahme von Molotow-Cocktails und einer Kette eine Straßensperre veranlaßt haben. Neben dem *TATblatt* berichtete auch der Kurier in seiner Ausgabe vom 2. Februar 1990 von der Aktion (siehe hiezu bitte das Faksimile an anderer Stelle dieser Zeitung).

Folge 8: In der Nacht ist der Mensch ganz gern alleine

Wieder einmal war die Sonne über Mathias N. untergegangen, so wie sie es auch die ganzen letzten Tage schon getan hat, und wohl auch noch eine geraume Weile machen wird, schließlich werden wohl noch ganz viele DemonstrantInnen die Operngasse runterrennen, eh' die Sonn ohn' Unterlaß scheinen wird (vgl Folge 5 vorliegendes Kriminalromans oder Strofe 3 der »Internationale«). Das wird heiß!

»Nicht nur Spaß« liest Mathias N. auf einem, im Scheine einer — infolge eines technischen Gebrechens nur gelegentlich aufflackernden — Straßenlaterne, erstrahlenden Plakat, welches zur Teilnahme an der diesjährigen Anti-Opernballdemonstration aufruft. Abgebildet sind mutmaßliche GenossInnen, die den Mercedes eines mutmaßlichen Klassenfeindes auf eine, von mutmaßlich zwischengeschalteten Polizei-Einheiten errichtete, technische Sperre zuschieben. Mathias kommt dessen angesichtig, nicht umhin, an früher zu denken, während ihm der kalte Wind feuchte Tropfen eines leichten Nieselregens in sein Antlitz bläst. Früher,... ja früher! Nicht unbedingt die Opernballdemo im vorigen Jahr.... vielmehr *überhaupt*. All die Träume, Utopien,... was ist davon übriggeblieben — was ist Wirklichkeit geworden? Ach ja! »Nicht nur Spaß«. Irgendwo hat der Spaß auch sein Ende. Schade. Schon etliche Schritte weitergegangen, überklebt Mathias seine unerfüllten Träume mit weissen TATblatt-PickerIn. Doch selbst diese picken heute angesichts der feuchten Witterung nicht so richtig.

»Die Zeit: in zehn Sekunden ist es zwei Uhr! ... In fünf ....«. So könnte es Mathias aus dem Radio eines am Straßenrand abgestellten Autos hören, wenn es eingeschaltet wäre. Das Auto hat Mathias schon von weitem gesehen. Es trägt nämlich schon eines (eigentlich zwei) der neuen rückstrahlenden weissen Nummerntafeln(1). Mathias ist so geblendet, daß er gar keinen Blick in das Innere des Kraftfahrzeuges werfen kann, was er aber wahrscheinlich auch dann, wenn er es gekonnt, nicht gemacht hätte, weil er sowas sonst eigentlich auch nicht tut. Zwei unangeschnallterweise in dem Wagen sitzende Männer — beide Mitte dreißig, dunkelblond, Oberlippenbart, sandgrauer Mantel(2) — wirken gelangweilt und

»EIN AUTONOMER IN DER NACHT HAT MICH UM DEN SCHLAF GEBRACHT«
(ZITAT: EIN EMPÖRTER ANRUF EINES EMPÖRTEN BÜRGERS BEIM POLIZEINOTRUF, 21.FEBER 2.31 UHR)
ARGUMENTATIONSHILFE FÜR TAGESZEITUNGEN (vgl. KURIER vom 2.Feber 1990, Faksimile in diesem TATblatt):
IN DER SZENE KURSIEREN RADIKALE ZEITSCHRIFTEN. DARIN WIRD MITTELS SKIZZEN ERKLÄRT, WIE MAN/FRAU STRAHLENDEN BLICKES DURCH DIE NACHT STREICHT.
DIE DIESJÄHRIGE OPERNBALL-DEMO DÜRFTE EINDEUTIG NACH DEM MUSTER DER MAOISTISCHEN TERRORORGANISATION »LEUCHTENDER PFAD« VORBEREITET WERDEN.

Fußnoten:
(1)damit wäre nun auch dieses Thema endlich mal im TATblatt behandelt.
(2)aber weder Sonnenbrille noch Hut

müde. Der eine, hinter dem Volant, raucht eine Zigarette, der andere versucht einen Kugelschreiber zu reparieren, den er wahrscheinlich eben erst ungeschickterweise beim unüberlegten Zerlegen kaputt gemacht hat. Die Augen des rauchenden Mannes folgen dem vorbeigehenden Mathias. Mit ein paar kurzen Worten macht er auch seinen Beifahrer (falls dieser Ausdruck auch im gegenständlichen Falle, einer in einem ruhenden Verkehrsmittel ruhenden Person, anwendbar ist) auf diese Beobachtung aufmerksam. Dieser hebt seinen Blick von dem mühevoll wiederzusammengeschraubten Kugelschreiber auf und wirft ihn Mathias zu (den Blick, nicht den Kuli. Den Kuli muß er anschließend noch einmal zerlegen, denn nun läßt sich die Miene nicht mehr aus dem Kuligehäuse rausdrücken).

Mathias geht unterdessen weiter. Er hat von alledem nichts mitbekommen. Er zieht sich leicht frierend seinen Schal enger um den Hals zusammen. Den Zipfverschluß seiner Jacke (schwarz — was sonst) will er ebenfalls weiter zuziehen. Mit Mißfallen muß er allerdings feststellen, daß der Zipf an und für sich schon ganz zugemacht ist, daß jedoch der Verschluß von unter her wieder aufgegangen war, weil offenbar irgendwo ein Zähnchen verbogen ist, oder so. »Ned scho wieder!« zischt Mathias durch seine Zähne. Die Worte verfehlen jedoch jegliche Wirkung. Mathias muß schon einigermaßen an der Jacke herumreissen, bis er sich wenigstens ganz sicher wähnen kann, daß der Zipf nun vollends kaputt ist. Dabei braucht er für den Opernball übermorgen (oder eigentlich morgen, schließlich ist ja schon Mitternacht vorbei) unbedingt eine wasserdichte Jacke, weil diese Kieberer sicher wieder so deppert mit Wasser herumspritzen werden.

Mittlerweile ist es 2.25 Uhr, in dieser kalten Winternacht, im Wien des 21. Feber 1990. Um die langsam dahinschreitenden Beine des Mathias N. wehen Blätter einer Tageszeitung, in der, wie jedes Jahr, Panikstimmung anläßlich der Opernballdemo geschürt wird. In zwei kurzen Sätzen wird dabei auch von einer Aktion eines »Kommando *fünf vor halb drei*« berichtet, in dessen Rahmen punkt 14.25 Uhr bei einigen Banken, Firmensitzen etcetera durch Betätigung der Brandmeldeeinrichtungen Alarm ausgelöst worden ist. In BekennerInnenbriefen wurde der Zusammenhang mit dem Opernball hergestellt. Außerdem wurde auch auf jede Bank und jede Firma eingegangen, warum dort der Betrieb gestört werden sollte. Schwierigkeiten bereitete lediglich die Erklärung, warum auch in einer Schule der Alarmknopf betätigt worden ist. Die Begründung, daß ein junges Mitglied des *Kfvhd* (Kommando fünf vor halb drei) gerade bei einer Entscheidungsprüfung für das Semesterzeugnis durchgefallen ist, schien ihnen zu profan.

Es ist 2.21 Uhr, wie Mathias N. in diese menschenleere Straße einbiegt, in der ein JuwelierInnen-Geschäft und eine CK-Filiale(3) direkt nebeneinander liegen. Ein bißchen zu früh ist er dran. Seine Finger zittern. Er kniet sich nieder. Sicherheitshalber überprüft er noch einmal, ob seine Schuhriemen auch gut zu sind. Vorgestern erst, wie er zur Straßenbahn gerannt ist und dabei über seinen aufgegangenen Schnürriemen gestolpert ist, hatte er sich vorgestellt, was wohl wäre, wenn ihm sowas auf der Flucht vor der Polizei passieren würde. Vorgestern ist ihm nur die Straßenbahn davongefahren. Das hat ihm bloß acht Minuten seines Lebens gekostet. Ein Kieberer kann da mit ganz anderen Zeitdimensionen aufwarten.

Beide Schuhe sind gut zu. »Gott sei dank!«....»Ach was.«. Mathias geht weiter. Mit seiner rechten Hand (die natürlich, wie auch die linke, von einem Handschuh verborgen ist) greift er zitternd in seine rechte Jackentasche. Er umfaßt einen kleinen runden Gegenstand. Es ist 2.25 Uhr. Das »Kommando *fünf vor halb drei*« schlägt wieder zu! Oder...

Nein! Keine hundert Meter von ihm erspäht Mathias eine unbekannte Person, die auf ihn zukommt. Mathias tut auf unauffällig und geht weiter... weiter ... weiter. Er geht an der Person vorbei. Seinen Blick hat er vorsichtshalber gesenkt. Dennoch scheangelt (schielt) er auf die unbekannte Person hinüber. Diese scheint an Mathias aber überhaupt nicht interessiert. Sie wirkt eher betrunken. »Wahrscheinlich ein zufällig vorbeigekommener Passant«, mutmaßt Mathias. Nach einigen Metern dreht sich Mathias wieder um. Die Straße ist leer. Er geht auf das JuwelierInnengeschäft nebst der CK-Filiale(4) zu. Ein letztes Mal blickt Mathias noch einmal um sich. Niemand da? Niemand da! Er nimmt seine Hand aus der Tasche, die immer noch diesen runden Gegenstand umklammert und wirft den Flummi(5) — es ist inzwischen 2.28 Uhr, etwas zu spät also — mit voller Wucht gegen die Scheibe. Mathias versucht den abprallenden Flummi sogleich wieder aufzufangen, was ihm freilich nicht gelingt. Also greift er nach einem zweiten Flummi, ebenfalls in seiner rechten Jackentasche. Er lauft die drei Schritte zur Schaufensterscheibe der CK (6). Auch hier wirft er den Flummi dagegen. Dann geht er weiter... ganz unauffällig, als wäre nichts geschehen.

Augenscheinlich ist auch gar nichts passiert. Alles sieht so aus wie früher. Die Scheiben haben nicht den geringsten Sprung abbekommen. Die Straße läge in ebensolcher friedlicher Ruhe, wie sie vor einer Minute noch gelegen ist, wäre da jetzt nicht dieses ohrenbetäubende Häulen der Alarmanlagen.

Die Flummis hatten die Scheiben in solche Schwingungen versetzt, daß die Alarmanlagen angesprochen haben, ohne daß aber irgendwelcher Schaden entstanden ist. Wenn auf den Flummis nicht irgendwelche Fingerabdrücke sind, wurden bei dieser Aktion also keinerlei Spuren hinterlassen.

Desgleichen geschah auch an 13 anderen Stellen der Wienerstadt. Ein BekennerInnenbrief beschreitet unterdessen den Postweg.

21. Feber, 14.45 Uhr. In der Wohnung einer der AktivistInnen:

»Grad der Hias(7), der was immer am meisten wegen Unpünktlichkeit ummafeult (=umherschimpft), kommt natürlich wieder am spätesten. Eh klar!« — »Naja, san ja erst 20 Minuten« — »Erst is guad! So wie damals nach der Straßenblockade. Da wia ma uns im Kaffeehaus troffen haben. Da is a ah ned daherkumman, und mia ham inzwischen die totale Panik kriagt, nodazu wo eam der Kibara a no so deppart nachgrennt ist vorher. Mia hädn ja scho fast angfangan, Leid anzhaun, daß sie bei der Heh (=Polizei) anrufen soin und sagn, sie hätten gesehen, daß des und des passiert ist, und was jetzt mit dem Schuldigen los is..... Diese Fragerei wär a ned grad unserer allgemeinen Sicherheit vor dem Gesetz zuträglich gewesen.« — »des brauchst *mir* ned dazöhn, des was i ah! Aber heit is es ja wirklich ned so tragisch. Auf de Fohrradl-Meier-Partie bei der Urania kumma scho no rechtzeitig, und zur Katzenmusik ah!(8)« — »Aber mia wollten ja *überhaupt* no reden, wegen morgen, wegn der Opernballdemo!« — »naja, sovü gibt's da ja eh nimmer zu reden. Wir gehen in einer Gruppe hin, schaun, daß ma a gscheids Gwand anhaben. A feste Jacken, wasserdicht, und was, wo die Schläg von de Gummiknüppel ned so wehtuan, wann was schiefgehen sollt'. Mia haben doch eh alle a Lederjacken, oder? Die Ärmel damma uns mit Zeitungspapier fest ausstopfen, oder mit Streifen von einer Iso-Matten, wia mas untern Schlafsack legt. Dann könn'ma uns die Arme vorn Kopf halten, wenn uns a Kiberer schlagt, ohne daß der Arm deswegen gleich brochen ist. Helme wären auch ned schlecht. Aber da haben wir halt

Fußnoten:

!

(3)Name von der Redaktion verändert

(4)Name noch immer von der Redaktion verändert.

(5)innerhalb der linksradikalen Szene Wiens werden derzeit ausgedehnte Diskussionen geführt, ob der Begriff *Flummi* auch allgemein verständlich ist, was besonders von jenen Leuten bestritten wird, die den Begriff selbst noch nie gehört haben. Nun können diese Leute wenigstens einmal am eigenen Leib spüren, wie es beispielsweise mir geht, wenn irgendein Artikel vor lateinischer Ausdrücke oder irgendwelcher intellektuelloider Fremdwörter trieft, die im besten Fall als Fußnote erklärt werden. Für alle LeserInnen, die der Bedeutung des Wortes *Flummi* unkundig sind; es handelt sich dabei um einen Gummiball (meistens rot), der wenn er geworfen wird, abbrallt und hüpft. Ein Flummi eben. (entgegen der Schreibweise auf diversen linksradikalen Flugschriften übrigens mit Doppel-m geschrieben.)

(6)siehe Fußnote 5

(7)Koseform von Mathias (siehe Folge 7)

(8)bitte beachten Sie an dieser Stelle den Opern-Ball-Kalender, der an an anderer Stelle in dieser Zeitung zu finden ist.

blöderweise ned genug. Na und sonst ist ja, glaub ich, auch alles klar, oder? Wir vermummen uns rechtzeitig, bevor wir am Schwarzenbergplatz hinkommen. Und mitnehmen tun wir nix, ausser an Personalausweis. Den ganzen Tag vorher kein Tropfen Alkohol, und.. Ja und am Schwarzenbergplatz kümmer ma uns glei drum, daß ma die Rechtshilfetelefonnummer erfahren, und die Sani-Telefonnummer, und ... ja und sonst des übliche: bei Festnahme keine Aussage und so. Transparent wollt ma uns auch noch malen. Sonst gibt's eh nix, oder?« — »Nana, sonst gibt's eh nix. Mi feult aber diese ganze g'schissane Opernballdemo von vuarn bis hinten dermaßen an...(9) I sag's da... Und es feult mi a an, daß mia nie imstande g'wesen sind, daß ma amoi richtig drüberreden! I wü gar niemma hingehen, sag i da!« — »Was?.... Spinnst?« — »Na! I spinn ned. Aber i habs satt, auf a Demo zu gehen, wenn des anzige Konzept, was dahintersteckt ist, denan Bullen in die Händ zu laufen!« — »Ja, aber so ises ja ned...«

Wir überspringen an dieser Stelle die folgende Diskussion, um nicht Gefahr zu laufen, des sektiererischen Revisionismus bezichtigt zu werden. Die GenossInnen des Mathias N. konnten bei ihrem einigermaßen emotional geführten Streit keine Einigkeit erzielen. Vermutlich werden sie nicht alle an der Demonstration teilnehmen.

Es ist kurz vor 15 Uhr, wie Mathias N. während des Zähneputzens in seinem Badezimmer den Radio einschaltet. Um punkt 15 Uhr muß er — im Zuge einer Zeitansage zur Einleitung der vom ORF gesendeten Nachrichten — entsetzt erfahren, daß gerade jene Uhr, der er in den letzten Minuten so sehr vertraut hatte, offensichtlich stehengeblieben ist. Wenn er das gewußt hätte, wär er nicht so lange am Klo (selbiges befindet sich in Mathias' Wohnung im Badezimmer) sitzen geblieben,... obwohl eigentlich hatte er *solchen* Durchfall — wie jedesmal, wenn er so nervös ist, wie gerade eben. Aber im Glauben, daß er noch genug Zeit habe, hat er auf der Klomuschel sitzend noch in aller Ruhe im *TATblatt* gelesen(10). Besonders der Krimi hat es ihm angetan. Ein klein wenig ist er aber verärgert, denn normalerweise hält er bei Krimis immer zur Polizei. Von ebenjener bekommt er da allerdings nur wenig zu lesen. Vor allem aber möchte er endlich einmal wissen, *worum* es bei diesem Krimi eigentlich geht. Nun ist er schon bei der achten Folge, und weiß immer noch nicht, was diese TerroristInnen eigentlich angestellt haben. Er wird jetzt sicher irgendwann einmal einen Leserbrief schreiben und sich beschweren. Das nimmt er sich ganz fest vor.

Die Erkenntnis vom ungeahnten Fortschritt der Uhrzeit raubt Mathias nun seine letzte Ruhe. Er wird noch aufgeregter, als er es ohnehin schon war. Am liebsten ginge er nochmals aufs Klo, doch dafür ist jetzt wirklich keine Zeit mehr. Sicher hat es der Uhr gestern geschadet, wie bei seinen Schießübungen plötzlich der Flummi voll auf ihr Ziffernblatt gedonnert ist...

22. Feber 1990: Wie ein riesiger brennender Flummi taucht die untergehende Sonne die noch ruhig im kühlen Februarwind daliegende Stadt in ihr flammendrotes Licht, ehe die Nacht ihren rabenschwarzen Mantel über sie ausbreitet, und unzählige vermummte Gestalten — und ebensoviele unvermummte — dem Schwarzenbergplatz nächst der Oper zuströmen. Unter ihnen Mathias N. und einige seiner GenossInnen. Einige aus ihrer Gruppe sind nicht mitgekommen. Sie haben ihre Flummis gepackt, und ziehen andernorts durch die Stadt. Sie werden der Wiener Sicherheitswache eine schlaflose Nacht bereiten. Während die meisten Exekutiv-Einheiten um die Oper zusammengezogen sein werden, muß der Rest der Häh unzähligen Fehlalarmen nach Flummi-Einwirkung nachgehen. In der Zwischenzeit werden andere politisch engagierte Personen die eine oder andere politisch motivierte Handlung setzen, die an anderen Tagen, an denen die Polizei nicht so beschäftigt ist, nicht so leicht umzusetzen wäre.

Ob das alles gut gehen wird? Werden die DemonstrantInnen die Oper stürmen? Und wenn ja: was machen sie dann dort drinnen? Das Buffet plündern? Oder werden sie alles daran setzen, wieder irgendwie lebend rauszukommen?

Ist die Welt am nächsten Morgen noch dieselbe? Wird uns der entscheidende Schlag gegen den Imperialismus gelingen? Wird es in dieser Nacht vielleicht endlich die Revolution geben? Oder war da nicht noch irgendwas vorher zu erledigen?

Wie immer: Fragen über Fragen. Was in dieser Nacht wirklich alles geschehen sein mag, das erfahren Sie ganz bestimmt ganz ausführlich im nächsten TATblatt!

Fußnoten:

(9)bedeutet soviel wie *mich kotzt an...*
(10)wir sind beileibe die letzten, die das *TATblatt* schlecht darstellen möchten, aber stichprobenartige Befragungen im Bekanntenkreis haben ergeben daß etwa 40% der Grundgesamtheit das *TATblatt* am Klo lesen.

(OPERN-) BALL-KALENDER

Die **Ausstellung »Schluß mit dem faulen Frieden«** ist noch zu sehen:
vom 17. bis 19.2. in Innsbruck im Kunst&Co (Tschamlerstraße3)
am 18. 2. in Wien im B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)
am 17.2. im *Bus* beim Wiener Flohmarkt bei der Kettenbrückengasse
Die diversen im letzten TATblatt angekündigten Diskussions-Veranstaltungen entfallen voraussichtlich wegen totaler Überlastung und Unkoordiniertheit.

letztes **Großplenum** vor der Opernballdemo:
20.2., 20 Uhr Amerlinghaus (Wien 8, Stiftgasse 7)

Demo gegen die Verschlechterung des Mietrechtsgesetzes
20.2. 17 Uhr, Treffpunkt Oper.

Fahrraddemo mit spontaner Routenplanung: *21.2., 16 Uhr (pünktlich!) Treffpunkt: Urania*
Katzenmusik vor den Hotels: *21.2., 20 Uhr, Treffpunkt Oper.*

Friede den Hütten — Krieg den Palästen
OPERNBALLDEMO
22.2., 19 Uhr Treffpunkt: Schwarzenbergplatz

Demo für die Gefangenen:
24.2., 17 Uhr: Treffpunkt Unirampe (Hauptuni Wien, Dr. K.-Lueger-Ring1)

auf besonderen Wunsch von Opernballveranstalterin L. Tobisch machen wir hier auch folgende Termine bekannt:
Öffentliche Generalprobe zum Opernball am *21.1.1990 ab 19 Uhr.* Ende 22 Uhr. Karten gibt's ab 100,—. Der Verkauf findet seit dem 15.2. statt.
Führungen durch die Oper: am *22.2. von 12 bis 15 Uhr Non-stop.* Preis: nur 20,—.
300 **Rest-Eintrittskarten** (ab nur 2200,—) gibts ab 12. Feber an den Opernball-Kassen (Mo—Fr von 10—17 Uhr, am 22.2. von 10—18 Uhr. Abendkassa ab 21 Uhr)

TATblatt
ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

Das TATblatt-extra ist Teil eines jeden TATblatts. Falls du nur diese Extra-Seiten bekommen hast, dich aber vielleicht auch das restliche TATblatt interessieren könnte, so bestelle doch einfach mal mittels Postkarte ein kostenloses Probeexemplar.

Das TATblatt, das sind alle 14 Tage mindestens 24 Seiten mit aktuellen Nachrichten, Hintergrundartikeln, Diskussionsbeiträgen und und und.

Unsere Adresse:
TATblatt; 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11.
Telefon: (0222) 57 49 543
Konto: P.S.K. 7547 212
Dieses TATblatt-extra ist Teil des TATblatts-minus-76. Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11. Eigendruck.

Aktion Kriegsdienstverweigerung

Kampagne zur Verweigerung des außerordentlichen Zivildienstes

Die Zivildiener sollen im »Ernstfall« ebenso wie die Soldaten *ihren Mann stellen* und so indirekt die militärische Landesverteidigung unterstützen. Ein alter Hut, der auch schon Anlaß für verschiedenste Widerstandsaktionen war. Neu ist die *»Aktion Kriegsdienstverweigerung«*, die den *außerordentlichen Zivildienst* (in Anlaßfällen wie Kriege, Unruhen, immer dann halt wenn auch Soldaten zum außerordentlichen Präsenzdienst einberufen werden) durch Zivilen Ungehorsam unmöglich machen will.
Alle, die bereits Zivildienst geleistet haben bzw gerade leisten, sind aufgerufen, die Aktion zu unterstützen und anzukündigen, den außerordentlichen Zivildienst (aoZD) zu verweigern.

(ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit, gek.)

Wer die Erklärung zur Verweigerung des aoZD abschickt, macht sich nicht strafbar, sollte sich aber die Konsequenzen einer Verweigerung überlegen. Folgende Strafbestimmung des Zivildienstgesetzes könnte angewendet werden:

§58.(1)Wer der Zuweisung zu einer Einrichtung nicht Folge leistet und durch sein Verhalten eindeutig erkennen läßt, daß er sich dem Zivildienst für immer zu entziehen sucht, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.

(2)Ebenso ist zu bestrafen, wer den ihm zugewiesenen Dienst verläßt oder ihm fernbleibt und sich dadurch dem Zivildienst für immer oder dem Einsatz bei einem außerordentlichen Notstand zu entziehen sucht.

Hier der Text der Erklärung:

Als Zivildiener lehne ich die Anwendung von Waffengewalt gegen Menschen ab.
Das Zivildienstgesetz verpflichtet mich jedoch zu einem außerordentlichen Zivildienst im Rahmen der Zivilen Landesverteidigung. Der österreichische Landesverteidigungsplan sieht dabei eine enge Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Kräften unter einer koordinierten Führung vor. Es wird also von mir eine indirekte Unterstützung des Einsatzes von Waffengewalt verlangt.
Ein solcher Einsatz widerspricht meiner Gewissensentscheidung, deshalb erkläre ich:
Bei Elementarereignissen und Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs bin ich zu Hilfeleistungen bereit. Für den Fall einer militärischen Auseinandersetzung befürworte ich den zivilen Widerstand im Sinne einer gewaltfreien Sozialen Verteidigung. Den außerordentlichen Zivildienst in seiner derzeitigen Form werde ich jedoch verweigern.

Die Erklärung ist von allen aktiven resp. ehemaligen Zivildienern entweder auszuschneiden oder abzuschreiben, auf alle Fälle zu unterschreiben und mit Absender versehen einzuschicken an die *ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit;* 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/59. Bitte dazuschrieben von/bis wann der ordentliche Zivildienst geleistet wurde/wird. Die gesammelten Erklärungen sollen dem Innenministerium übergeben werden.

Nähere Informationen gibts bei der *ARGE f Wehrdienstverweigerung* (vormals ARGE Zivildienst) unter obiger Adresse bzw unter deren neuer Telefonnummer (0222) 53 59 109.

Zivildienst verweigert

(TATblatt-Wien, Gruppe für Totalverweigerung)

Bereits den ordentlichen Zivildienst verweigert haben am 1. Feber Andreas R. aus Linz und der Wiener *Wiederholungstäter* Christian F. Christian schaute nur mal kurz bei seiner Dienststelle (MA 17) vorbei. Seine Erklärung, daß er den Zivildienst verweigern werde, interessierte dort aber keine Menschenseele. Dann begab er sich auf einen Sprung zum Grundlehrgang, um seine Beweggründe dazulegen und diese mit den anwesenden Zivildienern zu diskutieren. Danach verschwand er auf nimmerwiedersehen. Christian hatte bereits 1987 den Antritt seines Zivildienstes verweigert. Nach der damaligen Gesetzeslage konnte er deswegen aber nicht strafrechtlich belangt werden. Sein Fall hat aber die Gesetzesmacher auf die vorhandene Lücke aufmerksam gemacht, was zur raschen Füllung derselben geführt hatte.

Wie's weitergehen wird ist freilich unklar.

Bundesheer abschaffen

Am 27. Jänner hat sich in Wien ein Personenkomitee zur Abschaffung des Bundesheeres getroffen. Ziel ist es eine Kampagne zur erstzatzlosen und sofortigen Abschaffung zu starten und zu koordinieren.

(Gruppe für Totalverweigerung / entnommen aus TV-news 1/90, gek.)

Anwesend waren VertreterInnen der Friedensbewegung, der Grünen, der KP, der SP (JG, SJ, VSStÖ) sowie zahllose Parteiungebundene von ARGE WDV, Versöhnungsbund, katholischer Jugend, SCI und Unorganisierten. Das Komitee will keine Organisationsplattform sein, sondern eben ein Personenkomitee, das aus AktivistInnen der Bewegung besteht und für Neuhinzukommende offen sein soll.

Das wichtigste war, einen Text zu formulieren, der unsere Forderung auf den Punkt bringt. Dieser Text soll von möglichst vielen unterschrieben werden und in den Petitionsausschuß des Nationalrats eingebracht werden (na, der wird daschrecken; Anm TATblatt):

Der Nationalrat möge beschließen, eine Volksabstimmung zu folgendem Wortlaut abzuhalten:

Ich bin für die sofortige, ersatzlose Abschaffung des österreichischen Bundesheeres und für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik (ächz; Anm. d. Tippers; natürlich kann von mir aus auch über das Ächz abgestimmt werden)...Ja....Nein.

Dieser Textvorschlag soll aber zuerst in den Bundesländern diskutiert werden und auf einem österreichweiten Treffen beschlossen werden. Danach wurde noch eine Bürogruppe beschlossen. Finanzierung und Heimstatt sind noch ungeklärt.

Österreich ohne Armee

Personenkomitee zur Abschaffung des Bundesheeres in Graz gegründet. Schwierige Zeiten für Militaristen!

(TATblatt-Graz, Personenkomitee)

Das vertraute Feindbild im Osten kommt abhanden und im Westen zerbröselt das militärische Vorbild Schweiz, wo am 26. November ca. 36% der WählerInnen in einer Volksabstimmung für eine Schweiz ohne Armee votierten.

Abfalljäger, demotivierte Rekruten, immer neue Aufrüstungspläne (Raketen, Kampfhubschrauber, Feuerleitsysteme, etc.) und zuletzt die Oerlikon-Munitionsaffäre erschüttern die Glaubwürdigkeit der Institution Bundesheer, die laut einer Ifes-Umfrage von 34% der ÖsterreicherInnen abgelehnt wird.

Unter diesen Voraussetzungen diskutierten am 1.2.1990 in der Grazer Friedenswerkstatt rund 40 Personen über ein gemeinsames Ziel: Österreich ohne Armee.

Vorwiegend VertreterInnen von Organisationen und Institutionen (SJ, JG, KPÖ, Grüne, ARGE Wehrdienstverweigerung, Versöhnungsbund, Friedensbewegung sowie kritische ChristInnen), aber auch interessierte AktivistInnen einigten sich auf die Organisationsform eines Personenkomitees. Dadurch soll einer breiten Basis die Mitarbeit ermöglicht werden.

Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte des ersten Treffens waren:

* Der erste Schritt in die Öffentlichkeit soll eine Unterschriften-Petition an das Parlament sein, wo die Abschaffung gefordert wird. Über die Sinnhaftigkeit und Wirkung dieser Maßnahme gab es keinen Konsens, da ja SPÖ, ÖVP, und FPÖ grundsätzlich für eine Armee sind und die Petition wohl ignorieren werden.

* Eine breite Diskussion über die Militarisierung, über strukturelle und individuelle Gewalt in der Gesellschaft ist notwendig.

* Die Rolle paramilitärischer Organisationen wie Rotes Kreuz, Feuerwehren, etc., die Kampfkonfiguration von Parteien und Kirchen wurde natürlich nicht erwähnt.

* die Gefahr der Vereinnahmung durch bestimmte Medien, die eigene Ziele verfolgen (Berufsheer), sollte nicht unterschätzt werden.

Wenn du an weiteren Informationen interessiert bist, wende dich an die Friedenswerkstatt, Paulustorgasse 3/I, 8010 Graz; Tel.:82-54-88.

SPENDENAUFRUF

(TATblatt Graz)

STEIERMARK, 30.SEPTEMBER 1988

Nach einer wilden Verfolgungsjagd wird der 20jährige Wilhelm S. mit Schußwaffengebrauch genötigt, von seinem Motorrad abzusteigen. Herr S. gibt an, von den Beamten an den Haaren gerissen und mit Faustschlägen mißhandelt worden zu sein. Befund des Krankenhauses: "ausgeprägtes Hämatom am Unterlid rechts; Nasenbeinbruch".'

Das Krankenhaus erstattet Anzeige gegen die Beamten.[1]

Am 4.Dezember 1989 (14 Monate danach) wurde Wilhelm S. vom Landesgericht Graz von der Anklage der Verleumdung freigesprochen. Die Verfahrenskosten bleiben ihm. Er benötigt daher dringend finanzielle Unterstützung.

Bitte spendet auf das Konto **PSK 7547.212** (lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt); Erschlagescheine des TATblatts verwenden und **bei Zahlungszweck unbedingt WILHELM S. einsetzen!**

Dankedanke.

Atommüll-Zwischenlager Wien-Augarten?

(TATblatt-Wien)

Ausgedient haben jene Pläne, die vorsahen, die ehemaligen Flak-Türme Wiens aus der Nazizeit zu Atombunkern umzufunktionieren. »Von manchen Stellen ist bemerkt worden, die Flak-Türme könnten als Zwischenlager verwendet werden«, berichtet ein Mitarbeiter des Forschungszentrum Seibersdorf. Zwar gelte der Vorschlag »nicht als eigentliche Lösung«, ein Endlager für den Atommüll aus den Bundesländern ist also nicht in Sicht, und Seibersdorf quillt als Zwischenlager selbst schon über.

Auch stemmt sich die Gemeinde Seibersdorf schon länger dagegen, den Atommüll aus ganz Österreich, der grob gerechnet zur Hälfte aus der Medizin und zu je einem Viertel aus Forschung und Industrie stammt, alleine entsorgen zu müssen. Demnach soll der strahlende Müll im Forschungszentrum nur mehr konditioniert werden, als Zwischenlager kämen eben auch die Wiener Flaktürme in Betracht, liegt die Gefahr für die Bevölkerung doch nicht höher als beim Vorbeispazieren am Goethe-Denkmal, das aufgrund der verwendeten Granite ebensoviel Radioaktivität abstrahlt wie der Atommüll.

Ist links gleich rechts?

Seit genau einem Jahr (13.Jänner 1989, Beginn der Hausbesetzung in der Grazer Ägydigasse 14-16) schauen wir SchachfigurenbäurInnen jetzt zu, wie die Herrn Könige und Frauen Damen uns handlungs- und bewegungsunfähige Figuren in ihrem ausgeklügelten taktischen Konzept eineN nach der/dem anderen opfern, um dadurch in eine bessere strategische Lage zu kommen. Auch folgende Situation in unserer vorläufigen Winterbleibe zeugt von dementsprechender Intelligenz.

(TATblatt Graz, HausbesetzerInnen)

Bekanntlich sind besetzte Häuser bunt und sprudeln nur so von freien Meinungsäußerungen. Aus diesem Grund gibt es ja besetzte Häuser, damit frau/man ihre/seine freie Meinung äußern kann. Und damit das ganze mehr Sinn hat, spielt sich das natürlich unter anderem auf den Hausfassaden ab. Eines Morgens mußten wir wieder einmal die deprimierende und nicht zu verleugnende Realität unserer sogenannten Demokratie in Sachen freier Meinungsäußerung erkennen (obwohl wir sie sicher schon zirka 376,9 mal erkannt haben). Unsere bunte Fassade wurde Aufgrund nachbarschaftlicher Gestörtheit wieder mit einheitlichem WEISS neutralisiert. OK, da uns bestimmte Sprüche sowieso nicht besonders gefielen, hat uns das Magistrat Graz die Vorarbeit abgenommen...

Gleichzeitig schmückte unsere Mauer ein noch von der Antiweihnachtsdemo stammendes Transparent mit der Aufschrift "Kapitalistische Weihnachten". Ein "Runen-S" und ein durchgestrichenes Hakenkreuz untermalten die Aussage: Kapitalismus = Faschismus.

Anscheinend fühlten sich die Bullizei und das Magistrat in ihrer Lebenseinstellung derartig verletzt, daß sie gleich zusammen und zu zwölft (!) anmarschierten, und uns zu erklären versuchten, daß sie jetzt das Transparent verhaften, und uns (na-

Menschenkette gegen Weiterbau und Inbetriebnahme des KW Gabcikovo.

Demobericht von der Busfahrt Wien-Samorin-Wien am 2. Februar 1990.

Die österreichischen Zeitungen und der ORF wurden von uns Tage vor dem Ereignis von der geplanten Menschenkette Hainburg-Bratislava-Komarom informiert. Sie meldeten vorher so gut wie nichts.

(-gs-)

Von der "Prominenz" nahmen an dieser Fahrt nur Paul Blau, Bernd Lötsch und Freda Meißner-Blau teil.Ein ORF-Kamerateam begleitete uns in einem Kleinbus. Sie sagten, sie hätten für ein Kurz-Interview "einen Tag mit Freda" zu filmen, und so ist jetzt auch die Verladung unserer Demotagesverpflegung für 60 Personen dokumentiert.

Was wir da eingeladen haben? — 35 türkische Brote, 5 Kilo Schafkäse, 1 Kilo Kalamata-Oliven und 2 Kilo jugoslawische kernlose Dörrzwetschken, alles vom Naschmarkt für 1.000 öS. Unser Bus war ein auf ÖH-Kosten angemieteter Doppeldekker von Austrobus mit 76 Sitzen, eingebautem Eisschrank, Kaffeekocher und einer Fernsehüberwachungskamera auf dem Oberdeck, die alles Geschehen von oben auf einen schwenkbaren Monitorpilz neben dem Fahrer übertrug.- Für Vorsichtige: verzichtet bitte in Zukunft auf solchen Reisen auf computerlesbare Mundbewegungen, denn was früher fiction war, ist heute längst schon science.

Slowaken waren auch mit. Einer von ihnen, der drüben dann noch viel vom guten, leichten, billigen Bier trinken sollte, erklärte uns auf der Fahrt durch Hainburg, angenehm leise und im Tonfall seiner slowakischen Muttersprache redend, das Wichtigste über sein Land.

Er sagte: "Wenn du einen Slowaken beleidigen willst, sag zu ihm 'Tscheche'." Und dann kam Geschichte. Die Slowakei gehörte bis 1918 zu Ungarn. Auf k.&.k.-Landkarten aus der Monarchie trägt jede slowakische Stadt, jeder Ort und jede geographische Bezeichnung einen ungarischen Namen. Die Slowaken waren in dieser Zeit einem sturen, das ganze öffentliche Leben erfassenden Magyarisierungsdruck ausgesetzt. Seit 1918 sind die Ungarn in der Slowakei eine ethnische Minderheit und es geht ihnen so, wie früher den Slowaken unter ungarischer Herrschaft. Es gibt keine ungarischen Ortsnamen mehr. Die Ungarn besetzten zur Zeit der Landnahme die fettesten Böden in der Slowakei, und alle Orte an der Donau sind auch heute noch mehrheitlich ungarisch besiedelt. Überall, wohin wir auf unserer Busfahrt kamen, wurde ungarisch gesprochen. Anders als in Budapest mit selbst für Sprachfremde deutlich ländlich klingendem Dialekt.

Der Bau des Kraftwerksystems Gabcikovo-Nagymaros wurde von in Prag regierenden Slowaken beschlossen und liegt ganz auf ungarischem Siedlungsgebiet. Die Ungarn demonstrierten am letzten Samstag jeweils auf ihrer Seite der Donau. Die slowakischen Ungarn demonstrierten in Samorin in der Slowakei, während die in Ungarn lebenden Ungarn bei Mosonmagyarovar eine Menschenkette bildeten. Es waren Menschenketten gegen die Inbetriebnahme des fast fertig gebauten Kraftwerkes Gabcikovo.

Ich glaube nicht, daß das KW Gabcikovo je ans tschechoslowakische Netz gehen wird.Die Ungarn müßten verrückt sein, wenn sie das zuließen. Die Ungarn werden ihren Demokratisierungsprozess nicht überstrapazieren, erklärten uns ungarische Umweltaktivisten vom 'Donaukreis', als wir sie naiv fragten, ob sie bei den Aktionen in der Slowakei mitmachen würden. Zwei waren trotzdem drüben.

Fahrteindrücke: Noch in Österreich, Kilometer vor der Grenze die Fußgänger auf der Straße, einzeln, in Gruppen kommen sie herüber, winken, machen Zeichen, lachen, grüßen unter der Sonne, den Wind in den Haaren. Alte, Junge, Kinder, ganze Familien sind auf Wanderschaft. An der Grenze ein Chaos. Blech überall. Autos, Busse, Motorräder stehen herüber und hinüber. Ein neues Abfertigungsgebäude wurde neben dem alten in die Wiese gebaut. Drinnen ist alles noch eine Baustelle, eine Kreissäge steht mitten in einem Furnierplattenhaufen. Alles Verschnitt, billige Hartfaser mit Formaldehyd als Biocid verarbeitet. Im halbfertigen Bau wird schon abgefertigt, gestempelt, Geld gewechselt. Nichts geht weiter. Man muß sich alles selber organisieren. Neue Formulare werden ausgeteilt. Es gibt keinen Zwangsumtausch mehr. Eine Frau ärgert sich. Ihr Paß ist abgelaufen, und sie müssen zu viert wieder zurück nach Österreich. BMW-Fahrer.

Dann Bratislava. Autobahnen, Brücken, alte, neue, der Donauhafen, die Raffinerie.

Es gibt nichts zu verheimlichen. Wir waren keine 100.000 auf der Demo. Eine Menschenkette von Hainburg bis Komarom war angesagt, und um sie zu schließen, hätte es allein auf österreichischer Seite 10.000 Leute gebraucht. In Hainburg — dort hatten die Grünen hinbestellt — trafen sich 15 Leute. Wir haben es uns angeschaut. Das Kraftwerk Gabcikovo ist nicht fertig geworden. Am 2. Februar standen wir um 12 Uhr Mittag auf. Der Wille zum Bau dieses Werkes hat sich erschöpft.

Es wurde eine Menschenkette gebildet, und die ungarische Nachrichtenagentur MTI hat nach den Aktionen vom 2. Februar von 100.000 TeilnehmerInnen berichtet. Das verlangt eine Richtigstellung. Wir waren dabei, und wir waren, soweit sich das heute beurteilen läßt, zusammen nicht mehr als 4.000.

So lügen heißt, offiziell auf den Beton von Gabcikovo pinkeln, denn die bei M.T.I. haben genau gewußt, wieviel wir wirklich waren.

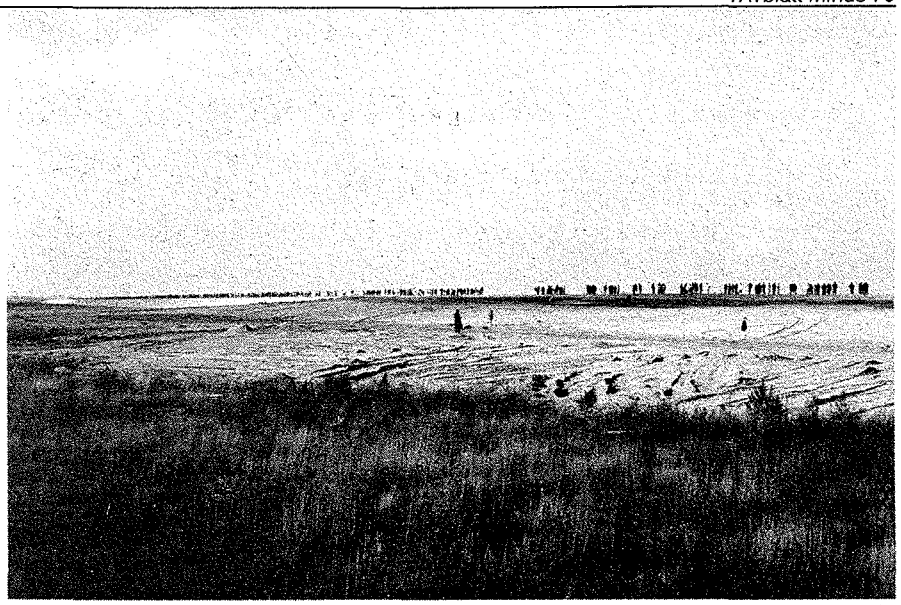
Das Werk in Gabcikovo ist auch nichts, wogegen man oder frau mit der Faust etwas tun könnte. Ich habe beim letzten Besuch dort einen Stein genommen und

ohne eigentliche Erregung mit voller Kraft gegen die Asphaltauskleidung des Ausleitungskanals geschleudert. Es war wie bei einem physikalischen Versuch. Der Stein zersprang und im Asphalt war kein Kratzer. Es geht also nicht gegen die Werke, sondern den Geist dafür und den Willen dazu.

Seit dem Beginn der Aktionen gegen das Staustufensystem Gabcikovo-Nagymaros war allen Beteiligten klar, daß nur eine Veränderung der Machtverhältnisse in Ungarn und in der CSSR die Vollendung und Inbetriebnahme dieses Projektes verhindern würde können, und mit den Angriffen gegen das Kraftwerk Nagymaros wurde das gesamte politische System Ungarns in Frage gestellt.

Die ungarischen Betonierer konnten ihr KW-Nagymaros nicht mehr finanzieren. So versuchten sie ihr Land zu verkaufen. An Vranitzky, Androsch, Fremuth, Übleis, Steger, Mühlbacher, Eigruber, Kobilka usw.

Im Vertrauen in die Effizienz unseres westlichen Systems, seine Fähigkeit, ein Werk schnell zu planen, zu finanzieren und zu bauen, und voll rechnend mit der Effizienz des Systemes drüben, seinen totalitären Möglichkeiten zur Unterdrückung der öffentlichen Meinungsbildung und politischen Willensfreiheit, planten österreichische Banker und Politiker, das aus ihrer Sicht Beste im Westen mit dem aus ihrer Sicht Besten im Osten gewinnbringend zu verbinden. Wir haben beim Vermählungsfest 1986 in Wien, bei der Vertragsunterzeichnung im Hotel Hilton vor dem Hoteleingang — von Mag. Zander und Wiener Polizisten an der Teilnahme gehindert — mit Transparenten und Donaubildern



gegen diesen Deal demonstriert.

Bei unseren Besuchen drüben saßen Zanders ungarische Kollegen in Zivil horchend und wachend in ihren Dienstautos vor den Häusern in Budapest, in denen wir uns mit ungarischen "Donaufreunden" trafen, wobei uns einmal auch ein am 24. Dezember (!) im ungarischen Parteiorgan erschienener, ganzseitiger Artikel vorgelesen wurde, in welchem Kobilka (damals noch Generaldirektor der DonaukraftwerkeAG) und Otto König schon zu Hainburg gegen uns Gesagtes wiederholten. — Das motivierte!

Bei jedem Grenzübertritt gab es stundenlange Paßkontrollen mit Befragungen, Leibesvisitationen und Fahrzeugkontrollen, bei denen ich mich stets über die Geschwindigkeit wundern durfte, mit der man ein Auto zerlegen und wieder zusammenbauen kann. Einmal wurden zwei österreichische Nagymaros-Aktivisten sogar vom ungarischen Botschafter in Wien zu einem freundlichen Gespräch zu sich in die Botschaft eingeladen. Bei Salzgebäck und einem Kracherl für jeden erklärte er uns die Sinnlosigkeit einer Baustellenbesetzung in Nagymaros.

Nagymaros war nix.

Gabcikovo wird nichts. — Das Kraftwerk in Gabcikovo ist fast fertig, und doch mußten dort plötzlich die Bauarbeiten eingestellt werden. Warum? — Noch im Herbst hieß es nach Medienberichten, der Stausee werde in einigen Tagen gefüllt. Er kann aber nur gefüllt werden, wenn die Donau zwischen Samorin und Dunakiliti zugeschüttet und das Wehr in Dunakiliti geschlossen wird. Die Entscheidung darüber liegt bei den Ungarn.

Termine:

Wien:

19.-21. Feb.
Arbeitstagung: **"Organismische Konstruktionen erobern die Lebensräume"** (?)
iwk; 9, Berggasse 17/1

Dienstag, 20.Feb.
Demos: 15.00 Uhr; [illegible]
17.00 Uhr; Oper: Mietrechtsdemo

19.00 Uhr; VHS Ottakring, 16, Ludo-Hartmannplatz 7:
kurz & bündig - Themen die uns bewegen:
Dr. Ruth Pauli: Sowjetunion

Mittwoch, 21. Feb:
19.00,; VHS Ottakring:
Entwicklungshilfe - nicht spenden, sondern beteiligen. Die Probematik von Entwicklungshilfeprojekten am Beispiel Togo und Burkina Faso.

20.00 Uhr; Oper:
Katzenmusik

Donnerstag, 22.Feb.:
19.00 Uhr; Schwarzenbergplatz:
"Friede den Hütten -Krieg den Palästen"

Samstag, 24.Feb:
14.00 Uhr; KULT-FARBIK, 14, Matznergasse 8
"Behindert unbehindert wohnen"
Podiumsdiskussion und Lokalaugenschein

17.00 Uhr; Uni-Rampe:
Demo für die Gefangenen

Dienstag, 27.Feb.:
19.00 Uhr; VHS Ottakring:
Ein neuer Prager Frühling? - Welche Chancen haben Perestroika und Glasnost?

Mittwoch, 28.Feb:
19.00 Uhr; VHS Ottakring:
Frauenarbeit - Frauenwürde - Frauenlohn. Auswirkungen von Entwicklungshilfemaßnahmen auf Frauen

2.-4.März: Hamburg 13, Hochschule f. Wirtschaft u. Politik,
Palästina Kongreß
Information, Bestellungen und Anmeldung:
FreundInnen des Palästinensischen Volkes
Postfach 30 41 45
2000 Hamburg 36

Offener Brief an die KPÖ

(P. H.)

Jahrelang war ich Sympathisantin und Wählerin der KPÖ. Immer wieder half ich bei Parteiveranstaltungen (Volksstimme-Fest) mit, half die Volksstimme verteilen, ermöglichte auch durch meine Unterschrift die Kandidatur der KPÖ. Ich hatte ein Naheverhältnis. Trotz oftmaliger Aufforderungen vieler GenossInnen konnte ich mich nie zu einem Beitritt der KPÖ entschließen. In Parteidiskussionen (LeserInnenbriefe an die Volksstimme, Diskussionsveranstaltungen, etc.) habe ich mich immer wieder eingebracht. Über die KPÖ habe ich mir sehr viele Gedanken gemacht, habe stundenlang mit meinem Bruder, der Parteimitglied war (am 24.1.90 ausgetreten), diskutiert, Konzept erarbeitet, 26 Anträge für den 27. Parteitag haben wir zusammen formuliert. Kritisch gegenüber der KPÖ bin ich immer mehr geworden. Nicht zuletzt meine Aufenthalte in der UdSSR (1986) und Polen (1987), mit Kinderland, haben meine Meinung über den sog. "Realen Sozialismus" verändert. Noch bevor die ersten Umwälzungen waren, bezeichnete ich die DDR und Rumänien als Diktatur. Über die Parteistrukturen habe ich mich im zunehmenden Maß aufgeregt. In der Bündnispolitik (Friedensbewegung) habe ich viele KPÖ'lerInnen als Katastrophe erlebt. Trotz all diesen Einsichten war mein kritisches Naheverhältnis ungebrochen.

Beim 27. Parteitag war ich Zuseherin, fast die gesamten 3 Tage. Es sollte der Parteitag der Erneuerung werden, der Umgestaltung, des neuen Denkens und Handeln. Dieser Parteitag war aber genau das Gegenteil. Am Ende war ich zutiefst erschüttert. Begonnen hatte es am Freitag, den 19.1.90 um 13:00 Uhr im Austria Center. Ich hatte keine Zuhörerkarte (so hieß sie, nicht ZuhörerInkarte!) und mir wurde der Eingang zur Galerie verweigert. Nur dem massiven Protest einiger GenossInnen vor dem Parteitag war es zu verdanken, daß die Parteiführung großzügigerweise 60 ZuhörerInnenplätze ermöglichte. Die meisten Plätze waren um 14:00 Uhr immer noch leer!! Trotzdem wurde allen GenossInnen ohne "Zuhörerkarte" der Zutritt von den OrdnerInnen verweigert. Nach längeren Debatten, Interventionen durften alle ohne ZuhörerInnenkarte auf die Galerie. Von 14:00-17:00 Uhr zählte ich 17 leere Plätze. Ist das Neues Denken?

Der Beginn

Nach einem Einleitungsreferat wurde mit dem Beschluß der Geschäftsordnung begonnen. Eine Delegierte stellte den Antrag kein Präsidium zu wählen, das abgehoben, erhoben, vor den DelegiertInnen, GästInnen sitzt. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Von 14:00-17:00 Uhr war das Präsidium von ca. 10 Menschen besetzt. Nur Franz Muhri sprach, alle anderen schwiegen 3 Stunden lang. Wozu sie vorne saßen, wird ein ewiges Geheimnis bleiben.

Anträge zur Geschäftsordnung

Zur Geschäftsordnung gab es zahlreiche Anträge. Besonders zur Antragsprüfungskommission. 2-3 Stunden wurde über diese Anträge diskutiert. Zum Schluß stellte eine Person den Antrag auf Schluß der Debatte und daß die Geschäftsordnung in der vorbereiteten Fassung beschlossen werden soll. Dieser Antrag bekam eine große Mehrheit. Die Diskussionen blieben ergebnislos. Wozu solche Debatten überhaupt? Wie Abstimmungsergebnisse zustande kamen, dazu später. Nur soviel. Am Freitag war bei einer Abstimmung ca. 80 Prostimmen. Angeblich kannten sich die HelferInnen nicht aus. Die Abstimmung wurde wiederholt. Es waren 140 Prostimmen. Die Abstimmungsmaschinerie funktionierte wieder.

Redebeiträge

Ca. 150 Menschen wollten einen Redebeitrag halten. 50 konnten es tun. Zwei Drittel nicht. Ein Delegierter stellte samstags den Antrag, den Parteitag zu unterbrechen und in 5 Wochen fortzusetzen, da es zutiefst undemokratisch sei zwei Drittel der Redebeiträge unter den Tisch fallen zu lassen. Abgelehnt!

Personaldiskussion

Die Personaldiskussion begann am Samstag spätabends. Eine Wahlvorschlagskommission hatte einen Wahlvorschlag erarbeitet. Dieser Wahlvorschlag sollte später in einer geheimen Abstimmung abgestimmt werden. Dieser Wahlvorschlag bezog sich auf das neu zu wählende Zentralkomitee (ZK). Im alten ZK waren 72 Mitglieder (das MitgliederInnen haben wir deshalb nicht geschrieben, weil es ja auch im Singular Mitglied und nicht Mitgliedin heißt, Anmerk. des Tippers/der Tipperin). Für das neue sah die Wahlvorschagskommission 58 Mitglieder vor. Dieser Reduzierung gingen intensive Beratungen und Diskussionen voraus, von denen allerdings die gesamte Basis ausgeschlossen war. Die Reduzierung von 72 auf 58 erfolgte unter dem Druck zahlreicher Parteiorganisationen, nicht freiwillig. Die Wahlvorschlagskommission weigerte sich, eine genaue Anzahl von ZK-Mitgliedern festzulegen. ZB 50 oder 58 oder eine andere Zahl. Hätte sich die Wahlvorschlagskommission (WVK) auf so eine Zahl festgelegt, hätte es zu einer Kampfabstimmung zwischen einzelnen ZK-KandidatInnen geführt — dies galt es zu vermeiden. Ein Antrag lautete auf Fixierung so einer Zahl. Die Abstimmung begann. Die HelferInnen waren schon beim zählen. Der Ausgang schien unsicher. Walter Silbermayer brach die Abstimmung mit einer Wortmeldung ab, darüber könne gar nicht abgestimmt werden. Die Abstimmung wurde auch nicht mehr wiederholt.

Weitere KandidatInnen durften mittels Antrag auf den Wahlvorschlag gesetzt werden. KandidatInnen durften allerdings nicht von der Liste, mittels Antrag, gestrichen werden. Sollte einE DelegiereR der Meinung sein, Ernst Wimmer habe auf dem Wahlvorschalg nichts zu tun, so durfte er/sie nicht beantragen, Ernst Wimmer zu streichen. Erst in der Wahlzelle hatte er/sie die Möglichkeit zur Streichung. Ernst Wimmer mittels Antrag ganz aus der KandidatInnenliste streichen zu können, wäre zu viel Demokratie, zu gefährlich für viele KandidatInnen.

Die Personaldiskussion solle ohne Emotionen geführt werden. Es solle nicht geklatscht werden, wörtlich: "GenossInnen, wir nehmen Kritik zur Kenntnis". Delegierte durften aufstehen und sagen, warum er/sie empfiehlt, KandidatInnen in der geheimen Abstimmung zu streichen. Diese Diskussion wurde auch nach einer halben Stunde abgebrochen — es sei schon so spät.

Zuletzt wurden noch 3 KandidatInnen auf die Liste gesetzt, mittels Abstimmung, dann ging es zur Wahl. Alle KandidatInnen, außer Otto Podolsky (Vorsitzender der KPÖ-Wien) wurden gewählt. Trotz bis zu 100 Streichungen (Ernst Wimmer) überlegte sich kein ZK-Mitglied den Rücktritt. Gerade noch die Kurve gekratzt, haben sich viele gedacht?

Sonntag, der Katastrophentag

Am Sonntag wurde über ca 100 Anträge abgestimmt. Ein Mensch von der Antragsprüfungskommission (APK)

sagte: "Die Antragsprüfungskommission empfiehlt Antrag Nr.3 zur Ablehnung". Das Präsidium gestattete eine Pro- und eine Contra-Meinung. Danach Walter Baier "Wer ist für den Vorschlag der APK, den Antrag 3 abzulehnen?" Pro-Stimmen, Contra-Stimmen, Stimmenthaltungen. Die Abstimmungsmaschine funktionnierte. Aber es ging zu langsam. Daher: "Die APK empfiehlt, die Anträge 22, 23, 24, 25, 55 und 66 zur ... " Ein Delegierter sagte, er könne nicht so viele Anträge auf einmal behandeln, die Mehrheit war dafür, je schneller, desto besser. Bei 3 Anträgen kam es, trotz sorgfältigster Vorbereitung, zu einer Kampfabstimmung. Der Antrag auf weltweiten Ausstieg aus der Kernenergie wurde angenommen — APK war dagegen! Antrag auf Abschaffung des Bundesheeres wurde ebenfalls gegen den Willen der APK angenommen. Der Antrag auf ein offensives Vorgehen gegen den Opernball auch. Bei einem Antrag gab es mehr Stimmen als Delegierte (Ausstieg aus der Atomenergie, 133 pro, 117 contra, 45 Enthaltungen, gesamt 295 Stimmen). Von der Galerie bemerkten wir, beim Aufzeigen, daß niemals 117 Delegierte aufgezeigt hatten!!??

Fragen an Walter Silbermayer

Warum hat Walter noch vor der Wahl des ZK's gewußt, daß neben ihm Susanne Sohn Vorsitzende wird? Es wäre theoretisch möglich gewesen, daß weder Susanne, noch Walter ins ZK gewählt wird.

Wieso hat Walter immer wieder von Erneuerung des Sozialismus gesprochen, von Deformation des Sozialismus? Was war überhaupt an Rumänien sozialistisch? Warum verwendet er in seiner Sprache nicht konsequent männliche und weibliche Formen (neues Denken — eine leere Formel)? Wieso hat Walter nichts gesagt als Fritz Oberhofer (Pressesprecher der KPÖ Wien) ZuseherInnen von der Galerie wegen Zwischenrufe rügte?

Erneuerung auf der Strecke geblieben

12 Jahre nach der Zwentendorfabstimmung lehnt die KPÖ die Atomkraft nur in einer Kampfabstimmung ab (ökologisch?). Bundesheerabschaffung Kampfabstimmung (Friedenssichwerung?), DemonstrantInnen vom Opernball wurden als "Chaoten und Randalierer" bezeichnet (Bündnispolitik?). Der Antrag, der/die ChefredakteurIn der Volksstimme solle von den RedakteurInnen gewählt werden, wurde abgelehnt. Leitungsorgane sollen durch die ArbeiterInnen gewählt werden — bitte nicht bei KPÖ-Unternehmungen.

Alle Anträge, die mehr Demokratie forderten wurden ebenfalls abgelehnt, so z.B., daß alle ZK-Sitzungen für alle MitgliederInnen offen sein sollen. Dies würde zu weniger Demokratie führen????

Schlußbemerkung:

Ich will mit der KPÖ nichts zu tun haben, werde sie weder wählen, noch ihre Kanditatur unterstützen. Viele GenossInnen in der Partei kenne ich. Mit diesen werde ich weiteren Kontakt haben. Ich höre auch nicht auf gegen den Kapitalismus zu kämpfen, für eine sozialistische Gesellschaft, ohne wirtschaftliche, soziale, sexuelle Unterdrückung. Die Befreiung der Frau darf kein Nebenwiderspruch sein. Die sexuelle Unterdrückung muß genauso bekämpft werden wie die ökonomische.

Sollte die KPÖ wider Erwarten, eine revolutinäre, kommunistische Partei werden (demokratische Strukturen nehme ich bei so einer Partei als selbstverständlich an), so bin ich bereit mitzuhelfen.

Sowohl Walter Silbermayer als auch Susanne Sohn versprachewn, daß nie wieder ein Parteitag so ablaufen werde, wie der 27. Warum nicht, erfuhren wir leider nicht — er wird doch nicht undemokratisch gewesen sein? oder doch?

FRIEDE DEN HÜTTEN – KRIEG DEN PALÄSTEN

Die tatsache, daß auch in wien wohnungsnot herrscht, wurde erst in den letzten jahren von der gemeinde und den bürgerlichen medien zur kenntnis genommen. es wird uns vermittelt, daß folgende faktoren dafür ausschlaggebend sind:

* der zuzug von menschen aus anderen bundesländern und aus dem ausland (da vor allem menschen aus ungarn, cssr und polen).
* die schlechte bausubstanz vieler alter häuser und deren damit verbundenen abriß.

wir meinen jedoch, es hat andere ursachen als uns die herrschenden vorgaukeln wollen.

es stimmt zwar, daß viele alte häuser in einem schlechten zustand sind, dafür machen wir aber hausbesitzer verantwortlich, die über jahrzehnte ihre häuser verfallen ließen. in den letzten jahren bekommen hausbesitzer kostengünstige kredite für die sanierung dieser alten häuser.

konkret heißt das: obwohl hausbesitzer die pflicht gehabt hätten, die häuser zu renovieren, kassierten sie die mietzinsreserve (die für die renovierung vorgesehen ist) in die eigene tasche. die hausbesitzer sind also doppelte gewinner in diesem spiel. sie bekommen ihre alten häuser saniert und können die nunmehr verbesserten wohnungen teurer weitervermieten.

durch die EXPO 95 soll wien wieder die vormachtstellung im donauraum übernehmen. schon heute sagen experten voraus, daß die grundstückspreise in den nächsten jahren immens steigen werden. leere grundstücke sind aber voraussetzung, um häuser weiter zu verkaufen und damit enorme gewinne zu erzielen. die planungen gehen soweit, daß teile des 2. und 20. bezirkes abgerissen werden sollen. durch die tatsache, daß leere grundstücke in den nächsten jahren enorme gewinne bringen, ist der spekulation tür und tor geöffnet. viele hausbesitzer lassen deshalb ihre häuser verfallen und terrorisieren die mieterInnen, um sie aus ihren wohnungen zu vertreiben.

doch die planung der EXPO stellt nur einen teil der umstrukturierungen dar. im citynahbereich (4.,5.,6.,7.,8 bezirk) gehen immer mehr billige wohnungen verloren. dafür werden immer mehr büros, geschäfte, hotels, eigentumswohnungen etc. gebaut. wo früher "günstige" wohnungen waren, entstanden unsagbar teure immobilien in denen menschen mit niedriegem einkommen nicht mehr wohnen konnten. daneben wurde/wird aber schon seit einigen jahren in teilen wiens "saniert". so zb. am spittelberg, in gumpendorf und in einigen teilen des 8. und 9. bezirks. die alteingesessenen mieterInnen wurden natürlich vertrieben, da sie sich die teuren mieten in den neubauten oder in den sanierten wohnungen nicht mehr leisten konnten. stattdessen zog finanzkräftiges publikum in diese gegenden. es wurde wieder "in" , innerhalb des gürtels zu wohnen. wer es sich leisten konnte, kaufte eine eigentumswohnung. dadurch wurden/werden bestehende strukturen in den einzelnen gebieten zerstört und die mieterInnen, die oft jahrzehntelang in ihren wohnungen lebten, wurden in andere, schlechte wohnungen getrieben. sanierungen von häusern werden aber nicht durchgeführt, um bessere und größere wohnungen für einen großen teil der bevölkerung bereitstellen zukönnen, sondern weil dadurch hausbesitzer, aber auch baufirmen enorme profite erwirtschaften.

aber auch die gemeinde wien trägt große schuld an der wohnungsnot. sie versucht zwar sich den anschein zugeben, sich für die bevölkerung einzusetzen und gegen die spekulanten einzuschreiten. die realität sieht aber anders aus. die gemeinde als größter hausbesitzer von wien hätte lange zeit die möglichkeit gehabt. dagegen einzuschreiten. stattdessen durchlöchert sie seit 1968 fortwährend das mietrecht. im feb. 1990 soll eine neuerliche novellierung des mietrechts durchgezogen werden. es geht unter anderen darum, daß sowohl die mietzinsbegrenzung für kategorie B wohnungen als auch für kategorie C wohnungen fällt. auch bei den delogierungen von gemeindemieterInnen zeigt sich das wahre gesicht der gemeinde.

auch der sogenannte soziale wohnbau ist alles andere als sozial. so konnten vor jahren von 1500 neuerbauten wohnungen in der marco-polo-siedlung (21.bezirk) ganze 800 vermietet werden. die gemeinde

verkaufte die wohnungen später an die GESIBA (die wohnungen konnten nicht vermietet werden, da sie so teuer waren)

einige der spö nahestehenden baufirmen wie zb. die firmen KALLINGER oder HAZET, aber auch UNIVERSALE profitierten ebenfalls von den "sanierungen". daneben spekuliert kallinger schon seit jahren mit leeren grundstücken.

all diese faktoren führen dazu, daß der konkurrenzkampf unter uns mieterInnen immer größer wird. das faktum, daß billiger wohnraum immer seltener wird, nutzen die hausbesitzer und realitätenbüros immer skrupelloser aus. immer öfter werden illegale ablösen gefordert und meist auch bezahlt, da es wie erwähnt immer weniger "preisgünstige" wohnungen gibt. so ist es keine seltenheit, daß für kleine löcher bis zu 150.000 ös ablöse bezahlt werden müssen. wer genug geld hat, für den/die mag es natürlich kein problem sein, teure mieten zu bezahlen. aber für uns, also menschen mit niedrigem einkommen, bedeutet eine erhöhung der mieten einsparungen in anderen bereichen (essen, kleidung, urlaub, freizeit). außerdem müssen wir noch mehr arbeiten gehen, um uns die teuren mieten auch leisten zu können. das verursacht oft streß und agressionen. diese aggressionen richten wir aber viel zu oft gegen unseresgleichen, anstatt gegen die verantwortlichen.

doch das erkennen von zusammenhängen kann nur der erste schritt sein, um der wohnungsnot entgegentreten zu können.

die fragen die wir uns stellen, sind folgende:

—wie kommen wir zu billigem wohnraum

—wie können wir "billigen" wohnraum verteidigen

—wie können wir uns gegen die vertreibung aus unseren vierteln wehren.

—wie können wir den miethaien und spekulanten nicht nur einmal, sondern langfristig kräftig auf die finger hauen.

klar ist jedoch folgendes. alleine können wir nur ganz selten widerstand leisten. das kann nur gehen, wenn wir uns dort, wo wir wohnen und leben, als mieterInnen organisieren und gemeinsam über unsere probleme, aber auch über unsere utopien sprechen.

nur so ist es möglich, eine zwangsräumung zu verhindern, nur so ist es möglich, wenn wir wieder einmal eine miet- oder betriebskostenerhöhung eingefordert wird, diese zu einem bestimmten zeitpunkt gemeinsam zu verweigern oder bei teuren mieten diese zu mindern, und nur dann ist es möglich sich wohnraum anzueignen (häuser besetzen).

widerstand hat auch in wien erfolg, wenn er gemeinsam geleistet wird und wenn die öffentlichkeit informiert wird. dazu einige beispiele.

die mieterInnen der mayr-melnhoffhäuser konnten oft verhindern, daß sie aus ihren wohnungen hinausgeschmissen wurden.

die mieterInnen des hauses lichtenauergasse 7 konnten durchsetzen, daß sie nach monaten wieder wasser bekommen hatten.

das rotstilzchen (autonomes zenrum im 5.bezirk) wehrt sich mittlerweile seit drei jahren gegen die kündigung.

unabhängige mieterInneninitiativen (zb. MIG) setzen sich seit jahren für menschen, die probleme mit ihren wohnungen bzw. mit ihren hausbesitzern haben, ein.

aus all den obengenannten gründen wollen wir uns am 20.2.90 mit anderen gruppen bei der oper um 17 uhr treffen um gegen die geplante novellierung des mietrechtes zu demonstrieren. auch am 22.2.90 beteiligen wir uns an der demonstration gegen den opernball, denn dort feiern die spekulanten und hausbesitzer, die uns auspressen. der opernball kann aber nur ein punktueller ansatz sein, um langfristigen widerstand gegen die spekulanten und hausbesitzer aufzubauen

*** MIETHAIE ZU FISCHSTÄBCHEN

*** KAMPF DER SPEKULATION

*** MENSCHENWÜRDIGER, BILLIGER WOHNRAUM FÜR ALLE — SOFORT!!!!

PS: wir bitten euch uns bekannt zu geben wo im 5.bezirk leere wohnungen und häuser stehen. wenn ihr mit uns plaudern wollt, schaut doch jeden 1. und 3. DIENSTAG ab märz im INFO-CAFE des rotstilzchens vorbei. magaretenstr. 99 1o5o wien zeit von 16 bis 20 uhr.

MIETERSCHUTZ TOT, WOHNUNGSNOT!

DEMONSTRATION 20.2.1990 17 UHR OPER

ANTI-OPERNBALL DEMONSTRATION

22.2.1990 19 UHR SCHWARZENBERGPLATZ

Betrifft TATblatt

Tja, das TATblatt ist nicht bloß eine Zeitung, es ist ein politisches Projekt. Das haben wir aber schon mehrfach bekundet. Obendrein ist das TATblatt auch ein Kollektiv. Und das haben wir besonders das letzte Mal betont. Und dann aber gibt es auch noch den Streß, die sogenannten Sachzwänge und vieles mehr von dieser Art. Und damit muß man/frau/kollektiv irgendwie firanand kommen.

Um auf die konkrete Situation zu kommen: Wie TATblatt-LeserInnen wohl unschwer entgangen sein dürfte, steht der diesjährige Opernball vor der Tür. Wie LeserInnen ganz besonders des dismaligen TATblatt-Extra kaum entgangen sein kann: Da rennt nicht alles so leiwand. Und, da wir ein Kollektiv sind, und überhaupt, war da viel Diskussionsbedarf. Und den wollten wir... (ähh, was tut man/frau mit einem Bedarf? decken, erfüllen, tja...also:) Auf alle Fälle, entschlossen wir uns, daß dieses TATblatt ausnahmsweise verspätet raus kommt, damit wir uns untereinander klar werden können, was wir wollen. Was dabei rausgekommen ist steht in der Stellungnahme des TATblatt-Kollektivs und zT auch im darauffolgenden »Offenen Brief«, beides im TATblatt-Extra zum Opernball.

Andere Diskussionen und Gespräche innerhalb des Kollektivs sind weniger aus einem inneren Bedürfnis heraus geführt worden, sondern weil sie uns von aussen irgendwie aufgezwungen worden sind: Was tun mit Obeservationen, wie kann sich das alles noch steigern? Die im letzten *Betrifft* erwähnten Hausdurchsuchungen in Linz waren bloß ein Gerücht. Die bei einer Privatperson in Wien war Realität. Was machen wir, wenn sie zu *uns* kommen. Die Ängste steigerten sich insbesondere nach Erscheinen eines KURIER-Panikmacheartikel am 2. Feber (Faksimile im Extra-Teil). Dieser Artikel erweckte schon ziemlich den Eindruck, als ob sich da was über uns zusammenbraut.

Wenn der Kurier in seinen letzten Ausgaben in Zusammenhang mit den komischen Anschlägen auf Polizeiautos und das Mercedes-Lager nun von einer verstärkten Überwachung linker Szene-Treffs berichtet, beruhigt das natürlich auch nicht besonders.

Über diese erwähnten Anschläge haben wir eigentlich noch nicht diskutiert. Ich zumindest finde es irgendwie bescheurt, sowas zu tun und die Vermittlung der Aktionen dann der Phantasie zu überlassen. Es ist vollkommen unklar, welche das mit welchem Zweck gemacht haben. Die Nichtexistenz irgendwelcher Erklärungen verhindert perfekt jegliche Auseinandersetzung damit, auch die solidarische. Wozu war das ganze dann gut? *(Was ich sagen will: Bitte schreibt Anschlagserklärungen, wenn ihr was macht.)*

Aber über Ziele, Praktiken, Strategien politischer Tätigkeit wollen wir ohnehin in Zukunft im TATblatt-Extra diskutieren. Mal sehen.

Noch ein Nachruf zum TATblatt-Fest: Es war ganz schön, an Eintrittsspenden usw ist knapp 13.000,– Reingewinn zusammengekommen (was die offene Papierrechnung halt wieder mal abdeckt. Nachfolgespenden sind aber dringend erwünscht.).

Nun denn: Wir hoffen, daß wir uns auch nach dem Opernball wieder heil und gesund wiederlesen. (Dieser Satz macht mich jetzt auch nicht glücklich, aber zum Nachdenken ist keine Zeit mehr. Übrigens fällt mir auf, daß ich auch nach der 26. TATblatt-Ausgabe die Welt immer noch nicht besser verstehe....)

In diesem Sinne:

Liebe und Kraft

Einer vom TATblatt-Kollektiv.

P.S.: Dem akuten Platzmangel sind diesmal aufgrund eines Koordinationsfehler blöderweise ausgerechnet die LeserInnenbriefe zum Opfer gefallen. Darunter auch das erboste Protestschreiben des Revolutionsbräuhofs, daß wir dessen Zeitung nicht jedesmal dem TATblatt beilegen wollen. Wir holen das ganz bestimmt nächstes Mal nach. Ist schief gelaufen, diesmal. Schuldbewußtsein bringt da zwar jetzt auch nichts weiter, aber sonst ist jetzt alles zu spät.

Das *TATblatt*

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten. Es versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw usf. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen — um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten — werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

Obwohl einst als »Zweitageszeitung« kozipiert, erscheint das TATblatt derzeit alle 14 Tage. Wir wollen uns aber stetig in Richtung unseres Zieles — eine möglichst oft erscheinende, offene, selbständige Zeitung für alle politisch Bewegten und Interessierten — weiterentwickeln. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklungsphase stehendes Projekt erachten, nennen wir die derzeit erscheinenden Ausgaben »Minus-Nummern«, quasi als Vorstufe zur Nullnummer. Solidarische Einmischung in die Entwicklung, und die Beteiligung daran, ist immer willkommen.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:

TATblatt-Wien:
1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543
TATblatt-Plenum:
jeden Donnerstag um 19 Uhr
TATblatt-Café:
jeden Montag um 16 Uhr
die ideale Möglichkeit, in ungezwungenem Gespräche das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

TATblatt-Graz:
8010, Kastellfeldg 34/16
Treffen jeden ersten Donnerstag nach Erscheinen, 19 Uhr (nächstes Treffen: 1.2.)

TATblatt-Linz:
Treffen: jeden 1.Mittwoch im Monat um 17 Uhr im Andreas Hofer Stüberl; Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz

An:

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM: Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin: ***UNABHÄNGIGE INITIATIVE INFORMATIONSVIELFALT***; 1060 Wien; Gumpendorferstr 157/11; **Telefon:** (0222) 57 49 543; **Bankverbindung/Konto:** P.S.K 7547 212; **DVR Nr:** 0558371; **Druck:** Eigendruck

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Das *TATblatt* im Abo

Preise: ***Abo*** für 10 Ausgaben: S 96.—; ***Abo*** für 20 Ausgaben: S 190.— (innerhalb Österreichs)
Bei ***Förderabos*** kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96.— bzw S 190.—)
Ein »***Auslandsabo***« kostet S 150.— für zehn Ausgaben.
Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo beginnt mit dem Zeitpunkt, zu welchem das Geld bei uns angelangt ist, zu laufen und endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

Mitgliedschaft in der *U.I.I.*

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1.— pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.— Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns einfach eine Postkarte!

Einzelverkaufsstellen

Wien:

Buchhandlungen:
- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R.A. Keream (1, Kärntnertorpssage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stiegengasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

diverse Läden:
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Beisln:
- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

außerdem:
- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schotteng 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen-Interessensgemeinschaft (10, Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)

Graz:
- Dradiwaberl-Antiqu. (Zinzendorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn.Fachbh. Spectrum (Schörgelg 9)

Linz:
- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

anderswo:
- **Schwertberg:** Kulturverein Kanal (Schwertberg, Josefstal 21)
- **Waidhofen an der Thaya:** Buchhandlung Buschek (Bahnhofstr 28)

Das nächste *TATblatt* erscheint am 27. Februar 1990
Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 20. Feber.